

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Martin Häusling

Gegenstand: G7-Gipfel: Kritisch begleiten, verantwortlich handeln

Im Absatz von Zeile 3 - 13:

Anfang Juni kommen die Staats- und Regierungschefs der führenden Industriestaaten zum G7-Gipfel zusammen. Weiträumig abgeschottet von der Öffentlichkeit treffen sie sich auf Schloss Elmau im bayerischen Garmisch-Partenkirchen. Die G7 repräsentieren nur etwas mehr als 10 Prozent der Weltbevölkerung. ~~Sie prägen aber mit ihrer Politik die Lebensrealitäten~~Die G-7 sind ein Auslaufmodell. Ihr Anteil an der ~~Menschen überall auf dem Globus, Weltwirtschaft schrumpft wie auch ihr politischer Einfluss. Die Struktur der G-7 ist nicht geeignet,~~ die ~~zu einem großen Teil unter den~~ vielfältigen Folgen eines global ungezügelten Kapitalismus ~~leiden.~~zu regulieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die G7-Staats- und Regierungschefs dazu auf, ihrer großen Verantwortung gegenüber der Weltbevölkerung und zukünftigen Generationen gemäß zu handeln und zu verhandeln. Der Gipfel muss dazu beitragen, das Klima zu retten, den internationalen Handel fair zu gestalten und Armut zu bekämpfen.

Begründung

erfolgt mündlich

UnterstützerInnen

- Ska Keller, KV Spree-Neiße

- Sven Lehmann, KV Köln

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Martin Häusling

Gegenstand: G7-Gipfel: Kritisch begleiten, verantwortlich handeln

Im Absatz von Zeile 32 - 41:

Mit TTIP und CETA sollen Schiedsgerichte eingeführt werden, die unseren Rechtsstaat untergraben. Staaten können von Konzernen auf Schadensersatz verklagt werden, wenn sie Gesetze verabschieden, die Investitionen weniger profitabel machen als geplant. Das gilt auch für zentrale politische Fragen wie die Förderung von Erdgas mittels Fracking oder den Anbau von Gentechnik. Mit den Abkommen drohen zudem nationale und europäische Standards in der ~~Sozial-, Gesundheits-, Umwelt-~~Sozial-?, Gesundheits-?, Umwelt-? und Verbraucherschutzpolitik ~~massiv~~ abgesenkt zu werden. Die weitere Stärkung dieser Standards wird in Europa wie in Amerika strukturell erschwert, etwa durch den geplanten "Rat zur regulatorischen Kooperation. Länder des globalen Südens werden durch die bilateralen Abkommen gezwungen, sich an für sie nachteilige Regeln anzupassen, was die strukturelle Ohnmacht vieler Staaten innerhalb der internationalen Handelsbeziehungen verschärfen würde.

Begründung

erfolgt mündlich

UnterstützerInnen

- Sven Lehmann, KV Köln

- Ska Keller, KV Spree-Neiße

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Martin Häusling

Gegenstand: G7-Gipfel: Kritisch begleiten, verantwortlich handeln

Im Absatz von Zeile 47 - 60:

Die vom Europäischen Rat beschlossenen Mandate für TTIP und TISA und CETA, sowie der vorliegende Vertragstext für CETA zeigen in die falsche ~~Richtung~~Richtung, deshalb lehnen wir ~~die Verhandlungsergebnisse~~Verhandlungen auf dieser Grundlage ab. Wir fordern eine andere Handelspolitik der EU und wollen entsprechende Abkommen transparent verhandeln und nach sozialen, ökologischen und menschenrechtliche Kriterien ausrichten. Etablierte rechtsstaatliche Institutionen dürfen dadurch nicht in Frage gestellt werden. Dem freien Handel darf nicht alles untergeordnet werden. Handelspolitik muss eingebettet sein in Strategien zur Bekämpfung der Klimakrise und des Artenschwundes, der weltweiten Armut und des Hungers. Als Antwort auf die Globalisierung braucht es internationale Übereinkommen. Aber solche, die die Weiterentwicklung sozialer und ökologischer Standards erleichtern, sowie die Bedingungen für fairen Handel verbessern. Handelsabkommen müssen den genannten Maßstäben folgen, dann können sie hilfreich sein. CETA, TTIP und TISA müssen deshalb gestoppt und Verhandlungen zu den EU-Handelsabkommen nach diesen Maßstäben neu aufgestellt werden.

Begründung

erfolgt mündlich

UnterstützerInnen

- Sven Lehmann, KV Köln
- Daniel Wesener, KV Friedrichshain-Kreuzberg

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Jutta Paulus

Gegenstand: Gemeinsam gegen die Klimakrise

Im Absatz von Zeile 23 - 32:

Es ist ein Fortschritt, dass nun auch Bundeswirtschaftsminister Gabriel mehr Klimaschutz von der Kohlewirtschaft einfordert. Sein bisheriger Vorschlag, alte Meiler mit einer Abgabe zu belegen, lässt jedoch einige Hintertüren offen. Kraftwerksbetreiber können sich vom Klimaschutz freikaufen und ihre Kohleblöcke weiterlaufen lassen. Zudem kann Gabriel seinen Vorschlag bislang weder in seiner eigenen Partei noch beim Koalitionspartner durchsetzen. Eine ganz Große Koalition der Kohlefreunde von Energiekonzernen, Gewerkschaften und den MinisterpräsidentInnen von Union und SPD verweigert sich dem Strukturwandel und gefährdet so zehntausende Arbeitsplätze in einer zukunftsfähigen Energiewirtschaft. Die vorhergesagten Strukturbrüche wird es nur dann geben, wenn sich die Verantwortlichen in den Konzern- und Gewerkschaftsetagen der Realität weiterhin so naiv verweigern. Der Kohleausstieg wird kommen - es ist nun an uns allen, ihn gemeinsam zu gestalten. Wir wünschen uns die Gewerkschaften als Partnerinnen für diesen Prozess und laden sie zu einer ehrlichen Debatte ein. Wer sich dieser Diskussion jedoch verweigert, gefährdet die Arbeitsplätze all jener sehr viel stärker, die heute in Berlin gegen eine ambitionierte Klimapolitik demonstrieren.

UnterstützerInnen

- Theresa Kalmer, Grüne Jugend

- André Schulze, KV Berlin-Neukölln

V-02-034-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Gemeinsam gegen die Klimakrise

Im Absatz von Zeile 33 - 39:

Wir Grüne setzen dagegen auf klare gesetzliche CO₂-Grenzwerte, um Kohlekraftwerke zuverlässig vom Netz zu nehmen. Daher fordern wir einen Mindestpreis für CO₂-Zertifikate, welcher an den natürlichen Grenzen des Planeten bemessen werden muss. Darüber hinaus muss der Emissionshandel erweitert werden. So bauen wir Überkapazitäten ab und bewahren effiziente Gaskraftwerke und die klimafreundliche Kraft-Wärme-Kopplung vor dem Aus. Außerdem setzen wir uns für ein nationales Klimaschutzgesetz ein, das verbindliche Ziele festlegt - nicht allein für den Energiewirtschaft, sondern auch für einen klimafreundlichen Verkehr, energieeffiziente Gebäude und eine klimaschonende Landwirtschaft.

Begründung

selbsterklärend.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Jutta Paulus

Gegenstand: Gemeinsam gegen die Klimakrise

Im Absatz von Zeile 40 - 45:

Um den Weg zu einem neuen Klimaabkommen zu ebnen, müssen Deutschland und die EU ihre Klimaziele höher stecken. Die Bundesregierung muss die deutsche G7-Präsidentschaft dazu nutzen, dass die führenden Industriestaaten ehrgeizige Klimamaßnahmen ergreifen und Wort halten gegenüber den Entwicklungsländern, denen sie auf früheren Konferenzen Milliarden-Hilfen für den Klimaschutz zugesagt haben. Ohne einen zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien weltweit ist die Einhaltung des 2°-Ziels nicht zu schaffen. Hier sind die historischen Verursacher der Klimakrise in der Pflicht, emissionsarme Energieerzeugung in Schwellen- und Entwicklungsländern mit Zuschüssen und Krediten, aber auch mit Wissenstransfer und Abbau von Zöllen zu fördern. Ebenso wichtig ist der Aufbau von Strukturen zur dezentralen Energieerzeugung jenseits von Großinvestitionen in Megakraftwerke. Nur so kann gerade in Ländern mit schwacher Infrastruktur eine substanzielle Verbesserung der Energieversorgung gewährleistet werden, die zudem weniger anfällig für die Auswirkungen zunehmender Wetterextreme ist.

UnterstützerInnen

- Theresa Kalmer, Grüne Jugend
- André Schulze, KV Berlin-Neukölln

V-02-045-2

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Gemeinsam gegen die Klimakrise

Im Absatz von Zeile 40 - 45:

Neu hinzufügen:

Damit die Bundesregierung zu einem schnellen Handeln gezwungen wird, braucht es auch Druck aus der Zivilgesellschaft heraus. Die Zeit zur Einhaltung des 2 Grad Zieles rennt uns gerade davon und deswegen ist es notwendig alle Hebel im Bewegung zu setzen, um unser Klima und die Umwelt zu retten. Als Grüne wollen wir deswegen an der Seite von Graswurzelbewegungen, Umweltsorganisationen und zivilgesellschaftlicher Bündnisse für ökologische Veränderung eintreten. Als Grüne stehen wir auch im Vorfeld und im Rahmen der Klimakonferenz in Paris an der Seite dieser Bewegungen und unterstützen auch zivilen Ungehorsam, der notwendig ist, um die Klimakrise noch aufhalten zu können.

Begründung

Man braucht für schnelles Handeln Verbündete und zu diesen sollte sich auch bekannt werden.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Völkermord an den Armenier_innen
anerkennen!

Im Absatz von Zeile 2 - 5:

Am 24. April 2015 jährte sich zum 100. Mal der Völkermord an den Armenier_innen im Osmanischen Reich: Im Zuge der „Türkisierung“¹ „Türkisierung“ des Osmanischen Reiches kamen unter der Verantwortung von „Jung-Türken“¹ ~~ca.~~ „Jung-Türken“ bis zu 1,5 Mio. ~~Armenier_innen~~² Armenier_innen bei systematischen Massendeportationen, Todesmärschen und Massakern ums Leben.

Nach der Definition der „UN Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ reichen bestimmte Handlungen, die in der Absicht begangen werden, „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“, um Völkermorde als solche bezeichnen zu können. Historiker Völkerrechtler sind sich einig und historische Dokumente, unter anderem in den Archiven des Auswärtigen Amts, belegen, dass dies auf die Ereignisse des Jahres 1915 zutrifft. Viele Staaten haben den Völkermord an den Armenier_innen anerkannt, zu denen zum Beispiel Schweden, Belgien, Frankreich, Griechenland, die Niederlande und der Libanon gehören. Zuletzt hat auch das Europäische Parlament am 15. April 2015, den Völkermord an den Armeniern anerkannt. Die Schweiz stellt sogar die Leugnung unter Strafe.

Doch leider bleibt bis heute das Gedenken an die „Aghet“ („Katastrophe“ auf Armenisch) im Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches, der Türkei, nicht erlaubt. Der Völkermord wird von offizieller Seite vielmehr abgestritten: Sowohl die systematisch vorbereitete Massendeportation, mit der eine Vernichtungsabsicht einherging, als auch das Ausmaß der Todesopfer wird

heruntergespielt. Vielmehr spricht die türkische Regierung von „kriegsbedingten Deportationen“. Mit einer solchen Leugnungspolitik kann keine Aufarbeitung der Gräueltaten stattfinden und eine dauerhafte Versöhnung der beiden Völker nicht beginnen.

Wir stehen solidarisch mit den vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Türkei, die den Völkermord an den Armeniern auf mutige Weise dennoch thematisieren und damit für Völkerverständigung, historische Gerechtigkeit und auch europäische Werte eintreten.

Wir als Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern, dass der Genozid an den Armeniern auch in Deutschland als Völkermord anerkannt wird. Wir verurteilen die Verunglimpfung der Opfer durch die Täterinnen und Nachfahren: Für uns ist es inakzeptabel, den Völkermord an den Armeniern in Frage zu stellen oder abzustreiten.

Das Deutsche Reich war als militärischer Hauptverbündeter des Osmanischen Reiches ebenfalls tief in die Vorgänge involviert. Die Bundesrepublik Deutschland, als Rechtsnachfolger des Deutschen Kaiserreichs, trägt eine Mitverantwortung an diesem Völkermord. Offizielle Vertreter des Kaiserreichs wussten, als damals engster Verbündeter des Osmanischen Reichs, über die Massentötungen und Deportationen. Sie schritten nicht ein und billigten diese zum Teil sogar. Das Deutsche Reich hätte diesen Völkermord aufhalten können und müssen. Diese Mitverantwortung muss ebenso anerkannt werden und im Zuge der interkulturellen Ausrichtung des Schulunterrichtes und Erinnerungskultur thematisiert werden.

Eine Anerkennung des Völkermords durch die Türkei ist kein Zeichen der Schwäche sondern der Stärke. Sie bringt Vorteile. Sie öffnet den Weg zur Aussöhnung beider Völker. Sie ermöglicht auch eine Verständigung über die muslimischen Opfer, die beispielsweise auf dem Balkan in dieser Zeit viel Leid erfahren haben. Die Öffnung der armenisch-türkischen Grenze ermöglicht zudem Handel und ebnet den Weg der demokratischen Entwicklung in Armenien als zukünftig guten Nachbarn der Türkei. Schließlich hätte die Türkei auch die Chance, im eingefrorenen Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach zu vermitteln, was die regionale Sicherheit erhöhen würde.

Zum 100. Jahrestag ist es höchste Zeit, dass auch die Bundesregierung den Völkermord an den Armeniern anerkennt. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden wir uns weiter dafür einsetzen.

Begründung

Einige sprachliche Änderungen und inhaltliche Präzisierungen und Korrekturen wurden eingefügt.

Zugunsten der Lesbarkeit für die fleißigen Änderungsantragsleser_innen haben wir dies alles in einem Fließtext als Änderungsantrag beantragt. Serviceorientiert sozusagen.

V-05-061-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Jemen: Bombardements stoppen –
Friedensgespräche wieder aufnehmen

Im Absatz von Zeile 56 - 61:

Neu hinzufügen:

Dies muss zu dem Schluss führen, dass die Bundesregierung die Waffenexportrichtlinien zum einen Ernst nimmt und keine Exporte in Krisenregionen genehmigt und zum anderen, dass sie dafür sorgt, dass die Richtlinien verschärft werden und Diktaturen explizit vom Exporten ausgeschlossen werden.

Begründung

Hier muss deutlich gesagt werden, dass Waffenexporte in Länder wie Saudi-Arabien grundsätzlich nicht in Ordnung sind.

W-01-002-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 2 - 8:

~~Das~~Neben der Erhaltung des Friedens, waren das Streben nach Wohlstand und Stabilität ~~war immer~~stets ein wesentliches Motiv für die europäische Integration. Doch Europa kämpft derzeit mit tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Problemen. Die Wirtschaftsleistung ist in vielen Ländern stark gesunken, die Arbeitslosigkeit dagegen dramatisch angestiegen. Zudem hat sich die Verschuldung, vor allem im Zuge der Rettung von Banken, massiv erhöht. Die Gefahr einer lang anhaltenden Deflation ist real und keineswegs gebannt.

Begründung

Der Erhalt des Friedens war von Beginn an ein zentrales Motiv für die europäische Integration. Dies muss hier auch benannt werden.

W-01-007-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 2 - 8:

Das Streben nach Wohlstand und Stabilität war immer ein wesentliches Motiv für die europäische Integration. Doch Europa kämpft derzeit mit tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Problemen. Die Wirtschaftsleistung ist in vielen Ländern stark gesunken, die Arbeitslosigkeit dagegen dramatisch angestiegen. Zudem hat sich die Verschuldung, vor allem im Zuge der Rettung von Banken, massiv erhöht. ~~Die~~Während sich bereits einige EU-Staaten in einer Deflation befinden, besteht die Gefahr einer lang anhaltenden ~~Deflation ist real~~Deflationsspirale und ~~keineswegs gebannt.~~kann dazu beitragen, die Krise in eine langanhaltende wirtschaftliche Depression zu verwandeln.

Begründung

Neben der Gefahr einer langanhaltenden Deflation sollten auch die Folgen davon genannt werden sowie der Fakt, dass sich bereits einige EU-Staaten in einer Deflation befinden.

W-01-008-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 2 - 8:

Das Streben nach Wohlstand und Stabilität war immer ein wesentliches Motiv für die europäische Integration. Doch Europa kämpft derzeit mit tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Problemen. Die Wirtschaftsleistung ist in vielen Ländern stark gesunken, die Arbeitslosigkeit dagegen dramatisch angestiegen. Zudem hat sich die Verschuldung, vor allem im Zuge der Rettung von Banken, massiv erhöht. Die Gefahr einer lang anhaltenden Deflation ist real und keineswegs gebannt. Gleichzeitig hat sich in Teilen Europas eine schwere humanitäre Krise gebildet, welche in aller Deutlichkeit so benannt und beendet werden muss.

Begründung

Es ist notwendig auf die humanitäre Krise verstärkt aufmerksam zu machen.

W-01-014-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: BAG Europa (beschlossen 22.4.15)

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 9 - 20:

In vielen Mitgliedstaaten wachsen Jugendliche in prekären Verhältnissen auf und verlieren den Glauben an die Zukunft. Es droht eine verlorene Generation. Die wirtschaftliche Lage verstärkt die politische Instabilität vor allem in den Staaten der Europäischen Union (EU), in denen populistischer Nationalismus ohnehin Frieden, soziale Gerechtigkeit und Freiheit bedroht. Angesichts der sich verändernden Weltlage und der Konflikte an den ~~EU-Außengrenzen, EU-Außengrenzen,~~ wie in der ~~Ukraine oder im Ukraine, dem~~ Nahen ~~und Mittleren Osten, sowie der~~ Osten oder in Nordafrika, sowieder weiter zunehmenden Zahl von Flüchtlingen gilt es den Zusammenhalt Europas als solidarische und friedliche Wertegemeinschaft zu bewahren. Wir GRÜNE wollen diese Herausforderungen im Geiste europäischer Solidarität meistern. Der Green New Deal ist ein kräftiges Signal nach innen wie nach außen, dass die EU sich nicht auseinander dividieren lässt.

W-01-014-2

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 9 - 20:

In vielen Mitgliedstaaten wachsen Jugendliche in prekären Verhältnissen auf und verlieren den Glauben an die Zukunft. Es droht eine verlorene Generation. Die wirtschaftliche Lage verstärkt die politische Instabilität vor allem in den Staaten der Europäischen Union (EU), in denen populistischer Nationalismus ohnehin Frieden, soziale Gerechtigkeit und Freiheit bedroht. Angesichts der sich verändernden Weltlage und der ~~Konflikte~~Tragödien an den EU-Außengrenzen, wie in der Ukraine oder im Nahen und Mittleren Osten, sowie der weiter zunehmenden Zahl von Flüchtlingen gilt es den Zusammenhalt Europas als solidarische und friedliche Wertegemeinschaft zu bewahren. Wir GRÜNE wollen diese Herausforderungen im Geiste europäischer Solidarität meistern. Der Green New Deal ist ein kräftiges Signal nach innen wie nach außen, dass die EU sich nicht auseinander dividieren lässt.

Begründung

Verdeutlichung der Position.

W-01-020-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 9 - 20:

In vielen Mitgliedstaaten wachsen Jugendliche in prekären Verhältnissen auf und verlieren den Glauben an die Zukunft. Es droht eine verlorene Generation. Die wirtschaftliche Lage verstärkt die politische Instabilität vor allem in den Staaten der Europäischen Union (EU), in denen populistischer Nationalismus ohnehin Frieden, soziale Gerechtigkeit und Freiheit bedroht. Angesichts der sich verändernden Weltlage und der Konflikte an den EU-Außengrenzen, wie in der Ukraine oder im Nahen und Mittleren Osten, sowie der weiter zunehmenden Zahl von Flüchtlingen gilt es den Zusammenhalt Europas als solidarische und friedliche Wertegemeinschaft zu bewahren. Wir GRÜNE wollen diese Herausforderungen im Geiste europäischer Solidarität meistern. Der Green New Deal ist ein kräftiges Signal nach innen wie nach außen, dass die EU sich nicht auseinander dividieren ~~lässt.~~ lässt und global gerechte Politik macht.

Begründung

Nicht nur die Wirkung nach innen, sondern auch nach außen Beschreiben

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: BAG Europa (Beschluss vom 22.4.15)

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 27 - 37:

Um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme in Angriff zu nehmen, müssen wir umsteuern. Dazu brauchen wir einen Green New Deal für Europa, der eine umfassende Antwort auf die Krisen der Gegenwart gibt. Er enthält mehrere Komponenten: eine nachhaltige Investitionsstrategie, die auf ~~ökologische~~ ökologische Innovationen setzt statt auf ~~maßlose Deregulierung; eine Politik der sozialen~~ Deregulierung und blindes Vertrauen in die Heilkräfte des Marktes; einen Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit statt der Gleichgültigkeit gegenüber der ständig ~~schärferen~~ schärferen Spaltung unserer Gesellschaften; ~~eine Politik, die ein~~ Wirtschaftsmodell, das auch ~~unpopuläre~~ unbequeme Strukturreformen ~~anght,~~ mit einbezieht, wenn diese zu nachhaltigem Wachstum und mehr Gerechtigkeit beitragen; ~~ein Politikeine Politik,~~ die ~~Probleme~~ Probleme wie Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit angehen und eine Politik, die die Glaubwürdigkeit in Europa, dass Schulden auch bedient werden, untermauert.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 27 - 37:

Um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme in Angriff zu nehmen, müssen wir umsteuern. Dazu brauchen wir einen Green New Deal für Europa, der eine umfassende Antwort auf die Krisen der Gegenwart gibt. Er enthält mehrere Komponenten: eine nachhaltige Investitionsstrategie, die auf ökologische Innovationen setzt statt auf maßlose Deregulierung; eine Einnahmestrategie, die Schluss macht mit wirtschaftlichen Anreizen für Umweltzerstörungen durch Unternehmen; eine Politik der sozialen Gerechtigkeit statt der Gleichgültigkeit gegenüber der ständig schärferen Spaltung unserer Gesellschaften; eine Politik, die auch unpopuläre Strukturreformen angeht, wenn diese zu nachhaltigem Wachstum und mehr Gerechtigkeit beitragen; ein Politik die Probleme wie Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit angehen und eine Politik, die die Glaubwürdigkeit in Europa, dass Schulden auch bedient werden, untermauert.

Begründung

Für ökologische Politik ist nicht nur die Investitionsstrategie, sondern auch die Einnahmenstrategie relevant. Nur mit nachhaltigen Investitionen werden wir einer Klimakrise nicht begegnen können.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 27 - 37:

Um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme in Angriff zu nehmen, müssen wir umsteuern. Dazu brauchen wir einen Green New Deal für Europa, der eine umfassende Antwort auf die Krisen der Gegenwart gibt. Er enthält mehrere Komponenten: eine nachhaltige Investitionsstrategie, die auf ökologische Innovationen setzt statt auf maßlose Deregulierung; eine Politik der sozialen Gerechtigkeit statt der Gleichgültigkeit gegenüber der ständig schärferen Spaltung unserer Gesellschaften; eine Politik, die auch unpopuläre Strukturreformen angeht, ~~wenn diese~~ welche nicht auf einseitiger Deregulierung und Privatisierung beruhen, sondern zu nachhaltigem ~~Wachstum~~ Wohlstand und mehr Gerechtigkeit beitragen; ein Politik die Probleme wie Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit angehen und eine Politik, die die Glaubwürdigkeit in Europa, dass Schulden auch bedient werden, untermauert.

Begründung

Hier müssen wir darauf achten, welche Art von unpopulären Strukturreformen wir möchten. Strukturreformen, welche Privilegien in Frage stellen und bestehende Machtverhältnisse angreifen, ja. Strukturreformen wie die Agenda 2010, erleichteter Kündigungsschutz, Privatisierung etc., nein. Außerdem sollten wir nicht von Wachstum sprechen, weil dies traditionell lediglich Wachstum des Brutto-Inlandsprodukts impliziert. Das dieses Wachstum nicht das ist, was wir aus grüner Perspektive wollen, sollte klar sein. Daher ist es besser von einem nachhaltigem Wohlstand zu sprechen.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: BAG Europa (Beschluss vom 22.4.15)

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 27 - 37:

Um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme in Angriff zu nehmen, müssen wir umsteuern. Dazu brauchen wir einen Green New Deal für Europa, der eine umfassende Antwort auf die Krisen der Gegenwart gibt. Er enthält mehrere Komponenten: eine nachhaltige Investitionsstrategie, die auf ökologische Innovationen setzt statt auf maßlose Deregulierung; eine Politik der sozialen Gerechtigkeit statt der Gleichgültigkeit gegenüber der ständig schärferen Spaltung unserer Gesellschaften; eine Politik, die auch unpopuläre Strukturreformen angeht, wenn diese zu nachhaltigem Wachstum und mehr Gerechtigkeit beitragen; ein Politik die Probleme wie Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit angehen und eine Politik, die ~~die Glaubwürdigkeit in Europa, dass Schulden auch bedient werden, untermauert.~~ Schuldenerleichterung zu gewähren bereit ist, wo anders langfristige Tragfähigkeit von Staatsschulden nicht erreicht

W-01-036-2

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 27 - 37:

Um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme in Angriff zu nehmen, müssen wir umsteuern. Dazu brauchen wir einen Green New Deal für Europa, der eine umfassende Antwort auf die Krisen der Gegenwart gibt. Er enthält mehrere Komponenten: eine nachhaltige Investitionsstrategie, die auf ökologische Innovationen setzt statt auf maßlose Deregulierung; eine Politik der sozialen Gerechtigkeit statt der Gleichgültigkeit gegenüber der ständig schärferen Spaltung unserer Gesellschaften; eine Politik, die auch unpopuläre Strukturreformen angeht, wenn diese zu nachhaltigem Wachstum und mehr Gerechtigkeit beitragen; ein Politik die Probleme wie Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit angehen und eine Politik, die Lösungen findet, wie die Glaubwürdigkeit in Europa, dass angesammelten Schulden auch bedient werden, untermauert. gerecht reduziert werden können.

Begründung

selbsterklärend

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Anja Hajduk

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 38 - 46:

All das ist Teil des Green New Deal, denn isolierte Antworten auf einzelne Herausforderungen reichen nicht aus. Uns ist klar, Sparen allein ist nicht der Weg, um aus der Krise zu kommen. Man kann sich nicht aus der Krise heraus schrumpfen. Deshalb erteilen wir ~~der~~einer Kaputtsparpolitik eine klare ~~Absage~~Absage und setzen uns für eine ausgewogene Konsolidierung von Haushalten ein, die soziale und ökologische Gerechtigkeitsfragen im Blick hat.. Ebenso klar sagen wir aber, dass Investitionen sich nur lohnen werden, wenn sie nachhaltig wirken und finanziert sind. Auch müssen die Rahmenbedingungen durch Strukturreformen so gestaltet werden, dass es zu einem Aufschwung kommen kann. Nur dieser neue Kurs erlaubt es der EU die Ziele der Solidarität, der Solidität und der Nachhaltigkeit gemeinsam zu erreichen.

UnterstützerInnen

- Annalena Baerbock, KV Potsdam
- Katharina Fegebank, KV Hamburg-Nord

W-01-047-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Anja Hajduk

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 47 - 54:

~~Die Kaputtsparpolitik~~~~Der Euro ist gescheitert~~~~noch nicht gerettet~~

UnterstützerInnen

- Annalena Baerbock, KV Potsdam
- Katharina Fegebank, KV Hamburg-Nord

W-01-047-2

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: BAG Europa (Beschluss vom 24.4.15)

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 47 - 54:

~~Die~~Merkels Kaputtsparpolitik ist gescheitert

W-01-048-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 47 - 54:

Die Strategie zur Krisenbewältigung der letzten fünf Jahre hat ~~zwar~~nur ein wichtiges Ziel erreicht: Der Euro, als entscheidendes Element der europäischen Integration und des europäischen Zusammenhalts, konnte bislang gerettet werden. Dafür hat Europa neue Instrumente und Mechanismen geschaffen, wie den Euro-Rettungsschirm mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder die Bankenunion. Aber diese Instrumente allein werden die tiefgreifenden Probleme nicht lösen - weder politisch noch wirtschaftlich.

Begründung

Unsere Kritik an der Strategie zur Krisenbewältigung sollte klarer herausgestellt werden. Selbst dieser Punkt ist noch nicht nachhaltig sichergestellt.

W-01-053-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: BAG Europa (Beschluss vom 22.4.15)

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 47 - 54:

Die Strategie zur Krisenbewältigung der letzten fünf Jahre hat zwar ein wichtiges Ziel erreicht: Der Euro, als entscheidendes Element der europäischen Integration und des europäischen Zusammenhalts, konnte bislang gerettet werden. Dafür hat Europa neue Instrumente und Mechanismen geschaffen, wie den Euro-Rettungsschirm mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder die Bankenunion. ~~Aber diese~~ Jedoch hat die mit der Eurorettung einhergehende falsche Sparpolitik fatale Auswirkungen auf viele Menschen. Mit der bisherigen Ausrichtung der Instrumente ~~allein~~ werden die tiefgreifenden Probleme nicht lösen - weder politisch noch wirtschaftlich.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Anja Hajduk

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 55 - 69:

Die Mängel und Fehler der bisherigen Politik weiter zu ignorieren, gefährdet jedoch den Zusammenhalt in Europa. ~~Einseitiges~~ Eine nicht ausreichend vorangetriebene politische und demokratische Integration der EU und ihrer Währungsunion, einseitiges Sparen, oftmals an der falschen Stelle, und fehlende Impulse für die Wirtschaft, falsche Strukturreformen und mangelnder politischer Wille werden Europa wirtschaftlich nicht nach vorne bringen. Das ist in Europa und bei unseren Partnern weltweit fast unbestritten. Nur in Berlin scheint dies nicht überall der Fall zu sein. Doch es gefährdet auch Deutschland, vor den Tatsachen weiter die Augen zu verschließen. Bundeskanzlerin Merkel trägt deshalb zusammen mit den Verantwortlichen in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten eine große Verantwortung für die aktuelle Situation. Die bisherigen Anstrengungen bleiben weit hinter dem Notwendigen zurück. Investitionen wurden zu lange ausgebremst und zentrale Probleme sind weiterhin ungelöst: Die Schuldenquoten der Programmländer sind höher als vor der Krise. Von den Euro-Staaten, die ein Kredithilfeprogramm in Anspruch nehmen mussten, verzeichnen nur Irland und Lettland ein deutliches Wirtschaftswachstum.

UnterstützerInnen

- Katharina Fegebank (KV Hamburg-Nord)
- Annalena Barbock (KV Potsdam)

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 55 - 69:

Die Mängel und Fehler der bisherigen Politik weiter zu ignorieren, gefährdet jedoch den Zusammenhalt in Europa. Einseitiges Sparen, oftmals an der falschen Stelle, und fehlende Impulse für die Wirtschaft, falsche Strukturreformen und mangelnder politischer Wille werden Europa wirtschaftlich nicht nach vorne bringen. Gleichzeitig profitieren von den immensen Hilfskrediten in die sogenannten Krisenländer allen voran Banken, welche wie schon bei Ausbruch der Finanzkrise, nicht für ihre fahrlässigen Geschäftsentscheidungen haften müssen. Das ist in Europa und bei unseren Partnern weltweit fast unbestritten. Nur in Berlin scheint dies nicht überall der Fall zu sein. Doch es gefährdet auch Deutschland, vor den Tatsachen weiter die Augen zu verschließen. Bundeskanzlerin Merkel trägt deshalb zusammen mit den Verantwortlichen in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten eine große Verantwortung für die aktuelle Situation. Die bisherigen Anstrengungen bleiben weit hinter dem Notwendigen zurück. Investitionen wurden zu lange ausgebremst und zentrale Probleme sind weiterhin ungelöst: Die Schuldenquoten der Programmländer sind höher als vor der Krise. Von den Euro-Staaten, die ein Kredithilfeprogramm in Anspruch nehmen mussten, verzeichnen nur Irland und Lettland ein deutliches Wirtschaftswachstum.

Begründung

Die Profiteure müssen klar benannt werden.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Ska Keller

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 55 - 69:

Die Mängel und Fehler der bisherigen Politik weiter zu ignorieren, gefährdet jedoch den Zusammenhalt in Europa. Einseitiges Sparen, oftmals an der falschen Stelle, und fehlende Impulse für die Wirtschaft, falsche Strukturreformen und mangelnder politischer Wille werden Europa wirtschaftlich nicht nach vorne bringen. Das ist in Europa und bei unseren Partnern weltweit fast unbestritten. Nur in Berlin scheint dies nicht überall der Fall zu sein. Schäuble redet ohne Skrupel den Grexit herbei und greift mit seiner Rhetorik zum Ölkännchen statt zum Feuerlöscher. Doch es gefährdet auch Deutschland, vor den Tatsachen weiter die Augen zu verschließen. Bundeskanzlerin Merkel trägt deshalb zusammen mit den Verantwortlichen in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten eine große Verantwortung für die aktuelle Situation. Die bisherigen Anstrengungen bleiben weit hinter dem Notwendigen zurück. Investitionen wurden zu lange ausgebremst und zentrale Probleme sind weiterhin ungelöst: Die Schuldenquoten der Programmländer sind höher als vor der Krise. Von den Euro-Staaten, die ein Kredithilfeprogramm in Anspruch nehmen mussten, verzeichnen nur Irland und Lettland ein deutliches Wirtschaftswachstum.

UnterstützerInnen

- Rasmus Andresen
- Erik Marquardt

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 55 - 69:

Die Mängel und Fehler der bisherigen Politik weiter zu ignorieren, gefährdet jedoch den Zusammenhalt in Europa. Einseitiges Sparen, oftmals an der falschen Stelle, und fehlende Impulse für die Wirtschaft, falsche Strukturreformen und mangelnder politischer Wille werden Europa wirtschaftlich nicht nach vorne bringen. Das ist in Europa und bei unseren Partnern weltweit fast unbestritten. Nur in Berlin scheint dies nicht überall der Fall zu sein. ~~Doch es gefährdet auch Deutschland, vor den Tatsachen weiter die Augen zu verschließen.~~ Bundeskanzlerin Merkel trägt deshalb zusammen mit den Verantwortlichen in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten eine große Verantwortung für die aktuelle Situation. Die bisherigen Anstrengungen bleiben weit hinter dem Notwendigen zurück. Investitionen wurden zu lange ausgebremst und zentrale Probleme sind weiterhin ungelöst: Die Schuldenquoten der Programmländer sind höher als vor der Krise. Von den Euro-Staaten, die ein Kredithilfeprogramm in Anspruch nehmen mussten, verzeichnen nur Irland und Lettland ein deutliches Wirtschaftswachstum.

Begründung

Entweder diesen Satz erklären oder er ist überflüssig und erweckt ein falsches Bild, denn Deutschland profitiert gerade von der Krise. Es muss uns klar sein, dass bei unseren Forderungen ggf Deutschland als Land auch „leidet“

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 70 - 78:

Die Investitionen sind in der EU seit 2008 jedoch um 15% gesunken. Auch Deutschland muss öffentliche und private Investitionen im Inland ankurbeln, um eine moderne, zukunftsfähige und vor allem auch intakte Infrastruktur für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu gewährleisten. Hier herrscht enormer Nachholbedarf um den ökologisch-sozialen Wandel der Wirtschaft voranzubringen. Doch das derzeitige Modell hoher Exportüberschüsse geht auf Kosten notwendiger Investitionen im Inland. Gleichzeitig müssen sich die damit einhergehenden Ersparnisse in Deutschland mit niedrigen Renditen begnügen, anstatt in Form von höheren Löhnen und Investitionen der Bevölkerung zu Gute zu kommen. Unsere europäischen Nachbarn würden von der zusätzlichen Nachfrage ebenfalls profitieren und Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse zwischen den Euro-Ländern könnten weiter abgebaut werden.

Begründung

Klar den Mechanismus benennen.

W-01-082-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 79 - 82:

Weil wir Umweltzerstörung, Massenarbeitslosigkeit, soziale Verwerfungen und Perspektivlosigkeit für viele Millionen Menschen in Europa nicht länger hinnehmen wollen, setzen wir auf den Green New Deal. Deutschland muss diesen Strategiewechsel vorantreiben. Wir empfinden es als unververtretbar, wenn deutsche Politiker innen aufgrund der eigenen, verfehlten Sparstrategie, auch noch rassistisch geprägte Kommentare über die angebliche Reformunwilligkeit bei Ländern in Europas Süden verbreiten. Diesem auch medial häufig verbreiteten ökonomischen Rassismus stellen wir uns als Grüne klar entgegen.

Begründung

Die Äußerungen der deutschen Politiker*innen müssen klar benannt und kritisiert werden.

W-01-083-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Anja Hajduk

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 83 - 100:

Griechenland ~~braucht Luft zum Atmen~~ muss im Euro bleiben

UnterstützerInnen

- Annalena Barbock (KV Potsdam)
- Katharina Fegebank (KV Hamburg-Nord)

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Gerhard Schick

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 83 - 100:

Es muss sich etwas grundlegend ändern am Umgang mit Griechenland. Die bisherige Politik hat nicht dazu geführt, dass die griechische Wirtschaft wieder auf eigenen Beinen stehen kann. Die Schuldenquote des Landes hat sich seit Beginn der Krise um etwa zwei Drittel von 109 Prozent auf 175 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht, obwohl Griechenland heute über 30 Prozent weniger Staatsausgaben hat als noch vor fünf Jahren. Grund dafür ist der Einbruch der Wirtschaftsleistung und eine eklatante Nachfrageschwäche, die durch die einseitige Sparpolitik verschärft statt gemindert wird. Investitionen finden in Griechenland seit Jahren fast nicht mehr statt, auch weil die politische Sicherheit nicht gewährleistet ist. Debatten um einen ~~„Grexit“, wie aus Kreisen der Bundesregierung zu Beginn des Jahres begonnen,~~ **„Grexit“** sind deshalb fatal. Sie untergraben das Vertrauen in das Land und die dringend notwendige Investitionssicherheit und kosten am Ende die europäischen Bürgerinnen und Bürgern viel Geld und Chancen. Nur mit einem Aufschwung in Griechenland wird es möglich sein, die Schuldenlast zu senken. Alles andere schadet dem Vertrauen in das Land und am Ende auch unserer gemeinsamen Währung. Wir sehen die Zukunft Griechenlands im Euro.

UnterstützerInnen

- Anja Hajduk (KV Hamburg-Nord)

- Annalena Baerbock (KV Potsdam)

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: BAG Europa (Beschluss vom 22.4.15)

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 83 - 100:

Es muss sich etwas grundlegend ändern am Umgang mit Griechenland. Die bisherige Politik hat nicht dazu geführt, dass die griechische Wirtschaft wieder auf eigenen Beinen stehen kann. Die Schuldenquote des Landes hat sich seit Beginn der Krise um etwa zwei Drittel von 109 Prozent auf 175 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht, obwohl Griechenland heute über 30 Prozent weniger Staatsausgaben hat als noch vor fünf Jahren. Grund dafür ist der Einbruch der Wirtschaftsleistung und eine eklatante Nachfrageschwäche, die durch die einseitige Sparpolitik verschärft statt gemindert wird. Investitionen finden in Griechenland seit Jahren fast nicht mehr statt, auch weil die politische Sicherheit nicht gewährleistet ist. Debatten um einen „Grexit“, wie aus Kreisen der Bundesregierung zu Beginn des Jahres begonnen, sind deshalb fatal. Sie untergraben nicht nur das Vertrauen in das Land und die dringend notwendige Investitionssicherheit und kosten am Ende die europäischen Bürgerinnen und ~~Bürgern~~Bürger viel Geld und ~~Chancen~~Chancen sondern stellen auch die Zukunft des europäischen Projekts insgesamt in Frage. Nur mit einem Aufschwung in Griechenland wird es möglich sein, die Schuldenlast zu senken. Alles andere schadet dem Vertrauen in das Land und am Ende auch unserer gemeinsamen Währung. Wir sehen die Zukunft Griechenlands im Euro.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 83 - 100:

Es muss sich etwas grundlegend ändern am Umgang mit Griechenland. Die bisherige Politik hat nicht dazu geführt, dass die griechische Wirtschaft wieder auf eigenen Beinen stehen kann. Die Schuldenquote des Landes hat sich seit Beginn der Krise um etwa zwei Drittel von 109 Prozent auf 175 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht, obwohl Griechenland heute über 30 Prozent weniger Staatsausgaben hat als noch vor fünf Jahren. Grund dafür ist der Einbruch der Wirtschaftsleistung und eine eklatante Nachfrageschwäche, die durch die einseitige Sparpolitik verschärft statt gemindert wird. Investitionen finden in Griechenland seit Jahren fast nicht mehr statt, auch weil die politische Sicherheit nicht gewährleistet ist. Debatten um einen „Grexit“, wie aus Kreisen der Bundesregierung zu Beginn des Jahres begonnen, sind deshalb fatal. Sie untergraben das Vertrauen in ~~das Land~~ die Kreditwürdigkeit des griechischen Staates und die dringend notwendige Investitionssicherheit und kosten am Ende die europäischen Bürgerinnen und Bürgern viel Geld und Chancen. Nur mit einem Aufschwung in Griechenland wird es möglich sein, die Schuldenlast zu senken. Alles andere ~~schadet dem Vertrauen in das Land und~~ am Ende auch unserer gemeinsamen Währung. Wir sehen die Zukunft Griechenlands im Euro.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Gerhard Schick

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 83 - 100:

Es muss sich etwas grundlegend ändern am Umgang mit Griechenland. Die bisherige Politik hat nicht dazu geführt, dass die griechische Wirtschaft wieder auf eigenen Beinen stehen kann. Die Schuldenquote des Landes hat sich seit Beginn der Krise um etwa zwei Drittel von 109 Prozent auf 175 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht, obwohl Griechenland heute über 30 Prozent weniger Staatsausgaben hat als noch vor fünf Jahren. Grund dafür ist der Einbruch der Wirtschaftsleistung und eine eklatante Nachfrageschwäche, die durch die einseitige Sparpolitik verschärft statt gemindert wird. Investitionen finden in Griechenland seit Jahren fast nicht mehr statt, auch weil die politische Sicherheit nicht gewährleistet ist. Debatten um einen „Grexit“, wie aus Kreisen der Bundesregierung zu Beginn des Jahres begonnen, sind deshalb fatal. Sie untergraben das Vertrauen in das Land und die dringend notwendige Investitionssicherheit und kosten am Ende die europäischen Bürgerinnen und Bürgern viel Geld und Chancen. Nur mit einem Aufschwung in Griechenland wird es möglich sein, die Schuldenlast zu senken. Alles andere schadet dem Vertrauen in das Land und am Ende auch unserer gemeinsamen Währung. ~~Wir sehen die~~

Das Pokerspiel um Griechenlands Zukunft im Euro muss daher sowohl von Finanzminister Schäuble als auch der griechischen Regierung beendet werden. Alle Seiten müssen endlich zur europapolitischen Vernunft zurückkehren anstatt gefährliche Grexit-Debatten zu bedienen. Die jüngsten Aussagen von Wolfgang Schäuble, die Zweifel an seinem politischen Willen für den Zusammenhalt der Euro-Zone zuließen, sind europapolitisch unverantwortlich und eines europapolitisch denkenden Finanzministers nicht würdig. Für uns Grüne war, ist und bleibt klar: Europa muss zusammenhalten, die Euro-zone muss zusammenhalten und Griechenlands Zukunft ist im Euro. Das sollte auch

endlich europäisch klargestellt werden, denn jetzt ist wirklich nicht mehr die Zeit, durch kontraproduktive Debatten Zeit zu verlieren.

UnterstützerInnen

- Anja Hajduk (KV Hamburg-Nord)
- Annalena Baerbock (KV Potsdam)

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 101 - 108:

Das Wahlergebnis in Griechenland ist auch eine Chance. Es ist ein klarer Fingerzeig, dass die Menschen dort die bisherige Politik und das alte System der Vetternwirtschaft nach ~~Parteibuch~~Parteibuch, sowie die gescheiterte Eurokrisenpolitik mit den von der Troika vorgelegten Reformlisten, ablehnen. Die neue Syriza-geführte Regierung hat damit ein Mandat zum Wandel. Sie hat zwar einzelne Reformideen, aber bisher keinen ausgereiften Plan. Erschwerend kommt hinzu, dass Syriza als erste Amtshandlung eine Koalition mit den rechtspopulistischen „Unabhängigen Griechen“ eingegangen ist, obwohl es mit der Partei To Potami eine linksliberale und pro-europäische Alternative gegeben hätte.

Begründung

Man muss die Krisenpolitik ebenfalls ansprechen.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 101 - 108:

Das Wahlergebnis in Griechenland ist auch eine Chance. Es ist ein klarer Fingerzeig, dass die Menschen dort die bisherige Politik und das alte System der Vetternwirtschaft nach Parteibuch ablehnen. Die neue Syriza-geführte Regierung hat damit ein Mandat zum ~~Wandel. Sie hat zwar einzelne Reformideen,~~ Wandel und damit die Chance, die Rückzahlung der aufgenommenen Kredite zu gewährleisten aber ~~bisher keinen ausgereiften Plan. Erschwerend kommt hinzu,~~ gleichzeitig mit der gescheiterten Rettungspolitik ihrer Vorgängerregierungen zu brechen. Wir begrüßen dabei, dass ~~Syriza als erste Amtshandlung eine Koalition~~ Griechenland mit der Vereinbarung vom 20. Februar endlich eigene Vorschläge auf den ~~rechtspopulistischen „Unabhängigen Griechen“ eingegangen ist, obwohl es mit~~ Tisch legen darf und nicht mehr passiver Ausfühler einer diktierten Troika-Reformliste ist. Doch die Ziele der Partei To Potami eine linksliberale Vereinbarung müssen ernst genommen werden: Die Institutionen (IWF, EZB, EU-Kommission) sollen konstruktiv über die Vorschläge Griechenlands verhandeln und ~~pro-europäische Alternative gegeben hätte.~~ nicht länger auf die gescheiterte Kürzungsliste für die vergangene Regierung pochen.

Begründung

Wir sollten die Umstände in Griechenland präziser darstellen.

W-01-111-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 109 - 113:

Die schwere Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise, in die Griechenland vor über fünf Jahren stürzte, wurde auch durch eine verfehlte Politik in Griechenland ausgelöst. Gleichzeitig haben auch deutsche und französische Banken mit einer unnachhaltigen Kreditvergabe die Fehlentwicklungen in Griechenland erst ermöglicht. Doch sollten die EU und Deutschland, Griechenland Flexibilität einzuräumen, um die schlimmsten Folgen und Fehler der bisherigen Krisenpolitik abzumildern und den Kurs zu ändern.

Begründung

Man muss alle beteiligten Akteure benennen.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 114 - 124:

Die harte Sparpolitik der letzten Jahre wurde in Griechenland besonders ungerecht praktiziert und hat zu schweren sozialen Verwerfungen geführt. Anders als in den baltischen Staaten hat die Politik hohe Einkommen und Renten im öffentlichen Dienst viel stärker geschont als niedrige Einkommen und Renten. Die Mittelschicht wurde durch Steuererhöhungen hart getroffen, während diejenigen mit sehr großen Vermögen weiterhin keine großen Abgaben auf Eigentum und Vermögen leisten. Zudem wurden viele wichtige Maßnahmen zur Linderung der sozialen und ökologischen Härten nicht ~~umgesetzt~~. umgesetzt, was zu einer katastrophalen humanitären Krise mit steigenden Selbstmord-, Depressions- und Kindersterblichkeitsraten sowie einem Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung, geführt hat. Erst jetzt wird begonnen, eine ärztliche Primärversorgung einzuführen. Es gibt keinerlei soziale Grundsicherung. Diese Fehler der nationalen Politik, der Troika und der Euro-Gruppe prangern wir an.

Begründung

Humanitäre Krise muss benannt werden.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Anja Hajduk

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 114 - 124:

Die harte Sparpolitik der letzten Jahre wurde in Griechenland besonders ungerecht praktiziert und hat zu schweren sozialen Verwerfungen geführt. Anders als in den baltischen Staaten hat die Politik hohe Einkommen und Renten im öffentlichen Dienst viel stärker geschont als niedrige Einkommen und Renten. Die Mittelschicht wurde durch Steuererhöhungen hart getroffen, während diejenigen mit sehr großen Vermögen weiterhin keine großen Abgaben auf Eigentum und Vermögen leisten. Zudem wurden viele wichtige Maßnahmen zur Linderung der sozialen und ökologischen Härten nicht umgesetzt. Erst jetzt wird begonnen, eine ärztliche Primärversorgung einzuführen. ~~Es gibt~~In Griechenland gab es schon vor der Krise keinerlei soziale ~~Grundsicherung.~~Grundsicherung, aber im Gegensatz zum Beispiel Zypern war es hier nicht Teil der Vereinbarungen zwischen nationaler Regierung und Euro-Gruppe, eine solche aufgrund der Krise und der Sparmaßnahmen einzuführen. Diese Fehler der nationalen Politik, der Troika und der Euro-Gruppe prangern wir an.

UnterstützerInnen

- Katharina Fegebank, KV Hamburg-Nord
- Annalena Baerbock, KV Potsdam

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Gerhard Schick

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 125 - 139:

Bei den derzeit laufenden Verhandlungen zwischen der Euro-Gruppe und der griechischen Regierung müssen nun gemeinsam vernünftige Kompromisse erarbeitet werden. Dazu gehört, dass die griechische Regierung neue Wege der Haushaltskonsolidierung ~~geht und am Ziel nachhaltiger geht, die bisherigen~~ Staatsfinanzen ~~festhält. sind nicht nachhaltig. Es ist nicht nachhaltig und schon gar nicht sozial verantwortbar, von einem Land in einer wirtschaftlichen und sozialen Krise zu verlangen, dass es 4,5 Prozent Primärüberschuss an ausländische Gläubiger überweist.~~ Dringend notwendige Strukturreformen müssen dafür auch gegen einflussreiche Klientelgruppen umgesetzt werden. Aus unserer Sicht ist es deshalb notwendig, die Steuerverwaltung weiter zu verbessern, um Steuervermeidung und -hinterziehung besser zu verhindern. Griechische Bürgerinnen und Bürger, die trotz eines großen Vermögens bislang keinen fairen Beitrag zum Gemeinwesen geleistet haben, müssen endlich durch eine gerechte Besteuerung am Aufbau des Landes beteiligt werden. Außerdem sollte die Regierung die immer noch weit verbreitete Korruption entschlossen bekämpfen. Wir sehen sie auch in der Pflicht, Maßnahmen gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu ergreifen und Reformen zur Effizienzsteigerung in der Verwaltung und mehr Rechtsstaatlichkeit umzusetzen. Derartige Maßnahmen stärken ein Land auch als Investitionsstandort.

UnterstützerInnen

- Ska Keller (KV Spree-Neiße)
- Rasmus Andresen (KV Flensburg)

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 125 - 139:

Bei den derzeit laufenden Verhandlungen zwischen der Euro-Gruppe und der griechischen Regierung müssen nun gemeinsam vernünftige Kompromisse erarbeitet werden. Dazu gehört, dass die griechische Regierung neue Wege der Haushaltskonsolidierung geht und am Ziel nachhaltiger Staatsfinanzen festhält. Unrealistisch hohe Primärüberschüsse im Haushalt, welche nur durch noch drastischere Einschnitte bei den Sozialabgaben und einem weiteren Zusammenbruch der griechischen Wirtschaft erreicht werden können, lehnen wir dabei strikt ab. Dringend notwendige Strukturreformen müssen dafür auch gegen einflussreiche Klientelgruppen umgesetzt werden. Aus unserer Sicht ist es deshalb notwendig, die Steuerverwaltung weiter zu verbessern, um Steuervermeidung und -hinterziehung besser zu verhindern. Griechische Bürgerinnen und Bürger, die trotz eines großen Vermögens bislang keinen fairen Beitrag zum Gemeinwesen geleistet haben, müssen endlich durch eine gerechte Besteuerung am Aufbau des Landes beteiligt werden. Außerdem sollte die Regierung die immer noch weit verbreitete Korruption entschlossen bekämpfen. Wir sehen sie auch in der Pflicht, Maßnahmen gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu ergreifen und Reformen zur Effizienzsteigerung in der Verwaltung und mehr Rechtsstaatlichkeit umzusetzen. Derartige Maßnahmen stärken ein Land auch als Investitionsstandort.

Begründung

Die hohen Primärüberschüsse müssen benannt werden.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 125 - 139:

Bei den derzeit laufenden Verhandlungen zwischen der Euro-Gruppe und der griechischen Regierung müssen nun gemeinsam vernünftige Kompromisse erarbeitet werden. Dazu gehört, dass die griechische Regierung neue Wege der Haushaltskonsolidierung geht und am Ziel nachhaltiger Staatsfinanzen festhält. Dringend notwendige Strukturreformen müssen dafür auch gegen einflussreiche Klientelgruppen umgesetzt werden. Aus unserer Sicht ist es deshalb notwendig, die Steuerverwaltung weiter zu verbessern, um Steuervermeidung und -hinterziehung besser zu verhindern. Griechische Bürgerinnen und Bürger, die trotz eines großen Vermögens bislang keinen fairen Beitrag zum Gemeinwesen geleistet haben, müssen endlich durch eine gerechte Besteuerung am Aufbau des Landes beteiligt werden. Außerdem sollte die Regierung die immer noch weit verbreitete Korruption entschlossen bekämpfen. Wir sehen sie auch in der Pflicht, Maßnahmen gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu ergreifen und Reformen zur Effizienzsteigerung in der Verwaltung und mehr Rechtsstaatlichkeit umzusetzen. Derartige Maßnahmen stärken ein Land auch als Investitionsstandort. Außerdem muss Griechenland das Problem seiner Banken angehen, welche vollgepumpt mit faulen Krediten nur noch am Tropf der EZB hängen. Eine vernünftige Rekapitalisierung sowie eine Auslagerung fauler Kredite muss den Weg frei machen, dass Griechenlands Banken wieder durch eine Kreditvergabe in den Realsektor, eine von nachhaltigen Investitionen getragene wirtschaftliche Erholung ermöglichen.

Begründung

Ohne die Rekapitalisierung und Auslagerung fauler Kredite ist eine Erholung kaum möglich

W-01-142-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: BAG Europa (Beschluss vom 22.4.15)

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 140 - 150:

Geht die neue griechische Regierung diese Aufgaben entschlossen an, sollte die Euro-Zone diesen Weg mit Erleichterungen bei Zinsen und Kreditlaufzeiten sowie mit dem Verzicht auf sozial und ökonomisch falsche Sparvorgaben unterstützen. ~~Ob~~Wie weitere Schuldenerleichterungen mittelfristig nötig werden, ist eine später zu prüfende Frage. Griechenland braucht vor allem dringend mehr zukunftsfähige Investitionen und muss sich dabei auf die Unterstützung der EU verlassen können. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass europäische Investitionen vor allem in die Länder fließen, die am stärksten von der Krise betroffen sind. Dafür bedarf es jedoch sinnvoller Projektvorschläge. Griechenland hat enormes Investitionspotenzial, beispielsweise im Ausbau erneuerbarer Energien, in nachhaltiger Landwirtschaft und im Öko-Tourismus.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: BAG Europa (Beschluss vom 22.4.15)

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 140 - 150:

Geht die neue griechische Regierung diese Aufgaben entschlossen an, sollte die Euro-Zone diesen Weg mit Erleichterungen bei Zinsen und Kreditlaufzeiten sowie mit dem Verzicht auf sozial und ökonomisch falsche Sparvorgaben unterstützen. Das Ziel, einen Primärüberschuss von 3% in 2015 und sogar 4,5% in 2016 zu erzielen, ist angesichts der sozialen Krise zynisch und ökonomisch unrealistisch. Wir wollen diese Vorgabe in diesem Zuge auf 1,5% der Wirtschaftsleistung absenken. Ob weitere Schuldenerleichterungen mittelfristig nötig werden, ist eine später zu prüfende Frage. Griechenland braucht vor allem dringend mehr zukunftsfähige Investitionen und muss sich dabei auf die Unterstützung der EU verlassen können. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass europäische Investitionen vor allem in die Länder fließen, die am stärksten von der Krise betroffen sind. Dafür bedarf es jedoch sinnvoller Projektvorschläge. Griechenland hat enormes Investitionspotenzial, beispielsweise im Ausbau erneuerbarer Energien, in nachhaltiger Landwirtschaft und im Öko-Tourismus.

W-01-206-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Anja Hajduk

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 205 - 209:

Die Bundesregierung muss dazu beitragen, dass der EFSI ein Erfolg wird. Wir wollen, dass sich Deutschland ~~spürbar daran~~ mit 12 Mrd. Euro am EU-Investitionsfonds beteiligt, um europäische Zukunftsinvestitionen zu unterstützen. Doch die Bundesregierung bleibt bei ihrer Haltung „Wir geben nichts“ und verpasst einmal mehr, Signalgeberin für eine europäische Zukunft und mehr Solidarität zu sein.

UnterstützerInnen

- Annalena Baerbock, KV Potsdam
- Katharina Fegebank, KV Hamburg-Nord

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 205 - 209:

Die Bundesregierung muss dazu beitragen, dass der EFSI ein Erfolg wird. Wir wollen, dass sich Deutschland spürbar daran beteiligt, um europäische Zukunftsinvestitionen zu unterstützen. Doch die Bundesregierung bleibt bei ihrer Haltung „Wir geben nichts“ und verpasst einmal mehr, Signalgeberin für eine europäische Zukunft und mehr Solidarität zu sein. Dabei hat die Bundesregierung die seltene Chance zu niedrigen oder teilweise negativen Zinsen neue Kredite aufzunehmen. Diese Chance muss genutzt werden, damit von Deutschland ausgehend eine europäische Investitionsoffensive gestartet wird. Da diese auch Deutschland zu Gute kommt, überwiegen die wirtschaftlichen Vorteile die ohnehin niedrigen Kosten der Finanzierung um ein Vielfaches, was eine von Deutschland finanzierte Investitionsoffensive auch ökonomisch zu einem sinnvollen Unterfangen macht und von der zukunftsvergessenen und rein dogmatischen „schwarzen Null“ im Bundeshaushalt abrückt.

Begründung

Wir müssen die grüne Investitionsoffensive klar benennen und mit den Zinsen in Verbindung bringen.

W-01-224-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Gerhard Schick

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 224 - 233:

~~Falls nicht alle Mitgliedsstaaten bereit sind, einen höheren EU Haushalt mitzutragen, sollte im Rahmen des EU Haushalts ein spezieller Investitionsfonds für die Eurozone eingerichtet werden. Durch diesen sollten öffentliche Investitionen getätigt werden. Rechtlich ist es möglich, so einen gesonderten Haushaltsposten im Rahmen des EU Haushaltes zu errichten und demokratisch zu kontrollieren. Diesen Fonds sollten sowohl Kommunen als auch regionale Akteure in Anspruch nehmen können. Die Mittel sollten stärker in die von Krisen betroffenen Länder fließen, aber die Vergabe sollte vor allem von der Qualität der Projekte und der Notwendigkeit der Investition zur Erreichung der EU 2020 Ziele abhängig gemacht werden.~~streichen

UnterstützerInnen

- Anja Hajduk (KV Hamburg-Nord)
- Annalena Baerbock (KV Potsdam)

W-01-247-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 242 - 251:

Ein weiteres Beispiel für die Notwendigkeit nachhaltiger Investitionen ist die landwirtschaftliche Infrastruktur: Nach wie vor fördert die EU vor allem die Industrialisierung und Exportorientierung der Landwirtschaft. Diese politische Fördersystematik und der Preisdruck durch die zunehmende Marktmacht weniger internationaler Handelskonzerne sorgen dafür, dass Millionen von Bauern und Bäuerinnen dem Wachstumsdruck nicht standhalten ~~können~~. können und die Existenzgrundlage von vielen Bäuerinnen außerhalb der EU vernichtet wird. Wir wollen mit dem Green New Deal auch eine Agrarwende einleiten, durch die für alle saisonale, gesunde und lokale Nahrungsmittel produziert werden können. Wir setzen auf den Umstieg hin zu einer regional verankerten, bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft in Europa

Begründung

Wir sollten die globale ungerechte Eu-Politik deutlicher kritisieren und uns dagegenstellen.

W-01-249-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 242 - 251:

Ein weiteres Beispiel für die Notwendigkeit nachhaltiger Investitionen ist die landwirtschaftliche Infrastruktur: Nach wie vor fördert die EU vor allem die Industrialisierung und Exportorientierung der Landwirtschaft. Diese politische Fördersystematik und der Preisdruck durch die zunehmende Marktmacht weniger internationaler Handelskonzerne sorgen dafür, dass Millionen von Bauern und Bäuerinnen dem Wachstumsdruck nicht standhalten können. Wir wollen mit dem Green New Deal auch eine Agrarwende einleiten, durch die für alle saisonale, gesunde und lokale Nahrungsmittel produziert werden ~~können~~. können - egal ob innerhalb oder außerhalb der EU. Wir setzen auf den Umstieg hin zu einer regional verankerten, bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft in Europa

Begründung

Gloable Perspektive verdeutlichen.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 252 - 258:

Es ist viel die Rede von Strukturreformen. Häufig sind damit ökonomisch sinnlose Privatisierung und planlose Deregulierungen um der Deregulierung willen gemeint, die nur selten zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lage führen. Dennoch Wir möchten eine neue Deutung des Begriffs der Strukturreformen entwerfen. Grüne Strukturreformen sind undogmatisch ob sie regulieren oder deregulieren, sondern versuchen für verschiedene wirtschaftspolitische Probleme kluge Lösungen zu finden. Sie sind nicht darauf angelegt staatliche Unternehmen für jeden Preis zu privatisieren, um den anschließenden, mickrigen Erlös in ein schwarzes Haushaltsloch zu stopfen. Grüne Strukturreformen möchten die Gesellschaft gerechter machen, dort Regulierung einführen wo es nötig ist aber gleichzeitig Bürokratiemonster und aufgeblähte Verwaltungsapparate abbauen, um eine wirtschaftliche Struktur zu schaffen, welche der breiten Bevölkerung Chancen und Perspektiven einräumt. Derartige Strukturreformen in Griechenland, genau wie in ganz ~~Europa~~ Europa, sind dringend ~~notwendig~~ notwendig. Bessere Regulierung ist nötig, denn die Rahmenbedingungen müssen stimmen, um einen ökologisch-sozialen Umbau in Europa zu schaffen.

Begründung

Wir müssen die Idee der Grünen Strukturreformen ausführen.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 267 - 278:

Neu hinzufügen:

Eine sozial-ökologische Modernisierung kann aber nicht nur bequem erreicht werden. Viele in Deutschland und der EU leben und produzieren heutzutage derart über den Verhältnissen, dass ein Umdenken dringend notwendig ist. Das Zwei-Grad-Ziel, das wir Grüne vertreten, wird von Tag zu Tag unrealistischer. Um unseren Planeten doch noch retten zu können, ist es mittlerweile notwendig der drohenden Klimakatastrophe mit allen Mitteln zu begegnen. Das heißt für uns klar auch: Als Grüne können wir uns deswegen nicht nur für eine nachhaltige Investitionspolitik und eine Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen einsetzen, sondern müssen dafür sorgen, dass unökologisches Wirtschaften und Konsumieren unattraktiv wird. Ökosteuern stellen dabei für uns ein geeignetes Mittel dar. Wir werden bis zur nächsten ordentlichen BDK genauere Vorschläge zur Umsetzung von Ökosteuern vorstellen.

Begründung

Wir können nicht nur über nachhaltige Investitionen reden, sondern müssen auch dringend die Einnahmenreihe thematisieren. Ökosteuern stellen dabei für uns ein geeignetes Mittel dar, die Einnahmen zu erhöhen.

W-01-296-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 292 - 299:

Unter der Überschrift Industrie 4.0 werden derzeit für ganz unterschiedliche Wirtschaftssektoren neue Management- und Geschäftsmodelle entwickelt. Deren mögliche Auswirkungen auf Verbraucherschutz, Datensouveränität, Qualität der Arbeit und den wahrscheinlichen Wegfall bisheriger Arbeitsplätze im Service-Bereich sind kritisch zu ~~diskutieren~~diskutieren, zu hinterfragen, aber auch politisch zu begleiten und ~~hinterfragen-zu gestalten~~. Es ist dabei geradezu eine Chance, wenn das Bekenntnis zu einem verlässlichen, bürgerrechtlich begründeten Datenschutz ins Zentrum einer europäischen IT-Entwicklungsstrategie gestellt wird.

Begründung

Politik muss sich auch einmischen und Gesetze machen.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Gerhard Schick

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 300 - 311:

Jedes Jahr gehen der EU eine Billion Euro durch Steuervermeidung und ~~-hinterziehung-~~ hinterziehung verloren; Geld, das dringend für Investitionen benötigt wird. Nach Schätzungen beträgt alleine die unrechtmäßige Nichtabführung der Umsatzsteuer innerhalb der EU-Mitgliedstaaten ca. 100 Mrd. Euro pro Jahr. Dabei macht der sogenannte „Karussellbetrug“ den größten Anteil aus. Eine Steuerbefreiung, bei der eine inländische Lieferung als innergemeinschaftliche Lieferung durch Händler aus mehreren Mitgliedstaaten deklariert wird und nur durch Kooperation der Mitgliedsstaaten aufgedeckt werden kann. Der LuxLeaks-Skandal hat gezeigt, wie tief das Geschäft mit der Steuervermeidung für besonders zahlungskräftige Kunden in die Steuerpraxis eingedrungen und wie sehr es zum Normalfall geworden ist. Es ist leider nicht auf Luxemburg begrenzt. Zur Vermeidung übermäßiger öffentlicher Defizite, wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie der Fiskalpakt es vorsieht, kann die Politik nicht allein auf der Ausgabenseite ansetzen sondern muss auch für die Verbesserung der Einnahmenseite sorgen. Es muss deshalb gemeinsames Ziel aller Mitgliedsländer und der EU-Institutionen sein, den Kampf gegen diese Steuerbetrügereien zu koordinieren und gemeinsam energisch anzugehen. Wir schlagen einen Steuerpakt vor, der die Kooperation der Staaten in Steuerfragen mit konkreten Maßnahmen verbessern soll, um so die Steuervermeidung und -hinterziehung in Europa zu unterbinden.

UnterstützerInnen

- Anja Hajduk (KV Hamburg-Nord)
- Annalena Baerbock (KV Potsdam)

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Gerhard Schick

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 312 - 317:

~~Wir schlagen einen~~Von den Mehreinnahmen aus dem Steuerpakt ~~vor, sollte ein~~fester Anteil (ca. 20 Mrd. Euro) von den EU- Mitgliedstaaten auf Basis einer freiwilligen politischen Vereinbarung in den EU-Haushalt eingezahlt werden, die dort gezielt, zusätzlich in der Rubrik 1b für die ~~Kooperation~~Einrichtung eines neuen Fonds zur Förderung von öffentlichen Zukunftsinvestitionen über die bisherige Kohäsionspolitik hinaus eingesetzt werden. Ziel dieses Fonds muss sein, öffentliche Investitionen in den unterschiedlichsten Regionen der StaatenEuropäischen Union zu fördern und dabei die traditionelle Strukturpolitik zur Förderung der rückständigsten Regionen in Steuerfragender EU mit konkreten Maßnahmen verbessern soll, um ~~soden~~Zielen der EU 2020 Strategie zu verbinden. Dafür sollten Projekte in den Regionen identifiziert werden, die Steuervermeidungdurch eine gezielte Förderung aus dem Fonds und eine Beteiligung der Mitgliedsstaaten, öffentliche Investitionen in Europa zu unterbinden. Die Mittel, die dadurch zusätzlich eingenommen werden, sollen grundsätzlichInstandhaltung bestehender Infrastruktur erzeugen und ökologischen und sozialen Maßstäben Rechnung tragen. Der Fonds sollte nach dem Prinzip der verstärkten Zusammenarbeit funktionieren: Das heißt von den Mitteln des Fonds können nur Regionen und Kommunen in den Mitgliedsstaaten profitieren, die sich auch an der Umsetzung des Steuerpakts beteiligen und die klare Kriterien für~~zusätzliche Investitionen verwendet werden. Ein Teil dieses zusätzlichen Steueraufkommens soll über~~ den EFSI hinaus auf europäischer EbeneErhalt von Fördergeldern -wie beispielsweise eine Obergrenze für gemeinsam definierte Investitionsprioritäten verwendetdie Ausstattung mit öffentlicher Infrastruktur- erfüllen. Die Vergabe von Fördergeldern aus dem Fonds sollte aber vor allem von der Qualität der Projekte und der

Notwendigkeit der Investition zur Erreichung der EU 2020 Ziele abhängig gemacht werden. Die Kontrolle des Fonds bleibt aber beim Europäischen Parlament, das das Haushaltsrecht und Haushaltskontrolle hat.

UnterstützerInnen

- Anja Hajduk (KV Hamburg-Nord)
- Annalena Baerbock (KV Potsdam)

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Anja Hajduk

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 347 - 358:

Gleichzeitig schreitet die wirtschaftliche Konzentration in Europa zusehends voran, etwa in der Agrarindustrie oder im Einzelhandel. Wenn wir die ökologisch-soziale Modernisierung der Wirtschaft vorantreiben wollen, müssen wir für fairen Wettbewerb sorgen und monopolistische Strukturen in der europäischen Wirtschaft aufbrechen, um Marktwirtschaft zu fördern. Dass die EU hier wirksam handeln kann, zeigt der Energiebereich: So zwang die EU z.B. Energiekonzerne wie RWE dazu ihre Gasnetze zu veräußern und so für mehr Wettbewerb zu sorgen. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für eine aktive europäische Wettbewerbspolitik ein. Dazu werden ~~neue~~schlagkräftige Instrumente ~~und Institutionen~~ in der europäischen Wettbewerbspolitik ~~benötigt; vor allem ein eigenständiges europäisches Kartellamt, das im Zweifel~~benötigt, die als letztes Mittel auch ~~über die Kompetenz verfügt, Konzernstrukturen~~anlassunabhängige Entflechtungsmaßnahmen bei großen marktbeherrschenden Unternehmen vorsehen, um einen funktionsfähigen Wettbewerb zu ~~großer wirtschaftlicher und damit politischer Macht zu entflechten.~~sichern.

UnterstützerInnen

- Annalena Baerbock, KV Potsdam
- Katharina Fegebank, KV Hamburg-Nord

W-01-378-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 371 - 377:

Derzeit besteht zudem die Gefahr, dass Transparenz und demokratische Strukturen in Europa durch die Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA noch geschwächt werden. Wir lehnen Spezialrechte für Investoren genauso ab wie lobbygetriebene Standardsetzung im Rahmen der regulatorischen Kooperation, die hohe Umwelt- und Sozialstandards auszuhöhlen drohen. Diese Inhalte der Handelsabkommen sind demokratisch fragwürdig und stellen eine erhebliche Begünstigung großer, einflussreicher Akteure gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen dar. Solange die genannten Abkommen nicht vollkommen neu gestartet werden, transparent sind und unter Einbezug der Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftlicher Gruppen verhandelt werden, werden wir als Grüne keinem dieser Handelsabkommen zustimmen.

Begründung

Das ist BDK-Beschlusslage und sollte auch so benannt werden.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 411 - 419:

Es geht dabei um wirtschaftliche Stabilität aber auch um soziale Gerechtigkeit und nicht zuletzt um den Zusammenhalt in Europa. 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien, knapp 45 Prozent in Italien, 35 Prozent in Portugal und Italien und 25 Prozent in Frankreich und der gesamten Euro-Zone bedeutet, dass eine ganze Generation unter der verheerenden wirtschaftlichen Krise Europas leidet. Diese Menschen haben kaum positive Erfahrungen mit der Europäischen Union gemacht. Wenn wir wollen, dass Europa auch in Zukunft noch stark ist, dann müssen wir ihnen zeigen, dass Europa auch Solidarität bedeutet. Vage Zusagen und Gerede von ein paar mehr Investitionen werden dabei nicht genügen, um diesen, die europäische Zukunft bedrohenden, Missstand zu beheben. Ein ökologisch-soziales Konjunkturprogramm, mit einem starken Fokus auf die Beschäftigung Jugendlicher, sehen wir dabei als die beste Chance, um die Gefahr einer verlorenen Generation noch abzuwenden

Begründung

Beschäftigung Jugendlicher muss klar benannt werden

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: BAG Europa (Beschluss vom 22.4.15)

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 420 - 426:

Wir setzen uns dafür ein, dass mittelfristig statt des ESM und der Troika bzw. der Institutionen ein Europäischer Währungsfonds (EWF) unter Kontrolle des EU-Parlaments (EP) für die Reformprogramme zuständig ist. Hierfür müssen die Europäischen Verträge geändert und die Mittel des ESM auf die EU übertragen werden. Weiterhin soll dabei gelten: Finanzielle Unterstützung kann es nicht ohne Kontrollen ~~geben~~. Schon im März 2014 hat das europäische Parlament in einem Bericht die unzureichende demokratische Legitimation der Troika bemängelt und die schrittweise Abschaffung gefordert. Mit dem Umbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds und der Ablösung der Troika muss auch verbunden sein, die europäischen Hilfsprogramme wieder enger an die europäischen Grundrechte zu binden. Zudem soll, wie vom Europäischen Parlament gefordert, die europäische Agentur für Grundrechte den Auftrag erhalten, Licht in die Grauzone möglicher Rechtsbrüche der Troika zu bringen

W-01-427-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 420 - 426:

Wir setzen uns dafür ein, dass mittelfristig statt des ESM und der Troika bzw. der Institutionen ein Europäischer Währungsfonds (EWF) unter Kontrolle des EU-Parlaments (EP) für die Reformprogramme zuständig ist. Hierfür müssen die Europäischen Verträge geändert und die Mittel des ESM auf die EU übertragen werden. Weiterhin soll dabei gelten: Finanzielle Unterstützung kann es nicht ohne Kontrollen geben. Dennoch lehnen wir die von der Troika oder den Institutionen auferlegten Reformlisten, welche die nationalen Regierung als rein passive Organe abzuarbeiten haben, strikt ab, da dies Länder entmündigt und europäische Nationen gegeneinander ausspielt. Wir möchten nationale Regierungen, welche Hilfe beanspruchen, als Verhandlungspartner ernst nehmen und mit allen Beteiligten nach nachhaltige Lösungen suchen.

Begründung

Die Politik der Institutionen muss klar kritisiert werden.

W-01-428-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Gerhard Schick

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 427 - 434:

Wenn Schon im März 2014 hat das europäische Parlament in einem Bericht die unzureichende demokratische Legitimation der Troika bemängelt und die schrittweise Abschaffung gefordert. Wenn der ESM zu einem EWF umgewandelt worden ist, muss das Europaparlament, als einzige direkt von der Bevölkerung legitimierte EU-Institution, ein Mitentscheidungsrecht bei der Ausgestaltung der Kredit- und Reformprogramme von Mitgliedsstaaten bekommen. Allerdings ist auch klar, dass so lange die Garantien für Kreditprogramme aus den nationalen Haushalten stammen, in Deutschland eine vorherige Zustimmung des Bundestages aus demokratischen wie verfassungsrechtlichen Gründen geboten ist und die Mitwirkung des EP nur begrenzt sein kann.

UnterstützerInnen

- Ska Keller (KV Spree-Neiße)
- Rasmus Andresen (KV Flensburg)

W-01-437-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Anja Hajduk

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 435 - 442:

Bis zur Umwandlung in einen europäischen Währungsfonds ist es aber dringend geboten, die aktuellen Strukturen stärker zu demokratisieren. Das bedeutet, dass sich vor allem die ~~Troika bzw. die~~ EU-Kommission als eine der Institutionen dem EP gegenüber stärker als bisher verantworten muss und ~~deren~~ ihre Arbeit und Entscheidungen innerhalb der Troika auch in gemeinsamen Sitzungen mit Abgeordneten aus dem betroffenen nationalen Parlament diskutiert und kontrolliert werden. Um Interessenkonflikte zu vermeiden und die geldpolitische Unabhängigkeit nicht zu gefährden, sollte für die EZB zukünftig nur noch ein Beobachterstatus vorgesehen werden.

UnterstützerInnen

- Annalena Baerbock, KV Potsdam
- Katharina Fegebank, KV Hamburg-Nord

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Gerhard Schick

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 435 - 442:

Bis zur Umwandlung in einen europäischen Währungsfonds ist es aber dringend geboten, die aktuellen Strukturen zu demokratisieren. Das bedeutet, dass sich die Troika bzw. die Institutionen dem EP gegenüber verantworten muss und deren Entscheidungen auch in gemeinsamen Sitzungen mit Abgeordneten aus dem betroffenen nationalen Parlament diskutiert und kontrolliert werden. Um Interessenkonflikte zu vermeiden und die geldpolitische Unabhängigkeit nicht zu gefährden, sollte für die EZB zukünftig nur noch ein Beobachterstatus vorgesehen werden. Mit dem Umbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds und der Ablösung der Troika muss auch verbunden sein, die europäischen Hilfsprogramme wieder enger an die europäischen Grundrechte zu binden. Zudem soll, wie vom Europäischen Parlament gefordert, die europäische Agentur für Grundrechte den Auftrag erhalten, Licht in die Grauzone möglicher Rechtsbrüche der Troika zu bringen.

UnterstützerInnen

- Ska Keller (KV Spree-Neiße)
- Rasmus Andresen (KV Flensburg)

W-01-449-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Anja Hajduk

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 443 - 453:

Die Herausforderungen für Europa sind enorm. Spätestens seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise ist offenkundig, dass eine gemeinsame Währung und ein EU-Binnenmarkt ohne eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik nicht funktionieren können. Wir GRÜNE wollen daher mehr Kompetenzen auf die europäische Ebene übertragen ~~mit dem~~ und die europäischen Institutionen stärken. Mittelfristig verfolgen wir das Ziel eines Vereinigten Europas im Sinne einer ~~politischen Union und gestärkten EU-Institutionen.~~ Politischen Union. Das EP wollen wir nicht nur zum Gegenspieler des Rats machen, sondern es soll auch die Arbeit der Euro-Gruppe stärker kontrollieren. Aber vor allem: Wir GRÜNE stehen unseren europäischen Nachbarn gerade dann solidarisch bei, wenn sie unsere Hilfe brauchen.

UnterstützerInnen

- Annalena Baerbock, KV Potsdam
- Katharina Fegebank, KV Hamburg-Nord

W-01-453-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 443 - 453:

Die Herausforderungen für Europa sind enorm. Spätestens seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise ist offenkundig, dass eine gemeinsame Währung und ein EU-Binnenmarkt ohne eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik nicht funktionieren können. Wir GRÜNE wollen daher mehr Kompetenzen auf die europäische Ebene übertragen mit dem Ziel einer politischen Union und gestärkten EU-Institutionen. Das EP wollen wir nicht nur zum Gegenspieler des Rats machen, sondern es soll auch die Arbeit der Euro-Gruppe stärker ~~kontrollieren.~~ kontrollieren und selber initiativ werden können. Aber vor allem: Wir GRÜNE stehen unseren europäischen Nachbarn gerade dann solidarisch bei, wenn sie unsere Hilfe ~~brauchen.~~ brauchen

Begründung

Es ist notwendig, dass das EP handlungsfähiger gemacht wird.

W-01-471-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Im Absatz von Zeile 469 - 484:

Wir GRÜNE wollen aber, dass Deutschland bereits jetzt endlich seiner **Führungsrolle** **Verantwortung** gerecht wird und mit seinen Partnern einen europäischen Rahmen für den Abbau der exzessiven Verschuldung organisiert, in dem jedes Land für seine Schulden verantwortlich bleibt. Alles was die Bundesregierung dafür tun muss ist, den Vorschlag des eigenen Sachverständigenrats zu einem Altschuldentilgungsfonds endlich aufzugreifen: für die Zeit seines Bestehens sollen im Rahmen dieses Fonds Eurobonds ausgegeben werden und so die Zinslast für die Krisenstaaten langfristig ohne neuerliche Aktivität der EZB gedrückt werden. Die Geschwindigkeit der Tilgung würde sich an der wirtschaftlichen Dynamik orientieren können und damit Ausschläge der Konjunkturkurve ausgleichen helfen. Die Bundesregierung hat jedoch bislang jede Diskussion dazu mit dem Argument abgelehnt, man wolle keine Vergemeinschaftung von Schulden. Wir GRÜNE wollen, dass Deutschland mit dieser Verweigerungshaltung bricht. Die Vorschläge sind durch die Tabuisierung nicht falsch geworden. Seit Jahren findet die Vergemeinschaftung von Schulden über die EZB statt. Das Gegenargument der Bundesregierung ist damit Augenwischerei.

Begründung

Führungsrolle ist nicht das passende Wort.

Z-01-009-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 8 - 14:

Das Leben ist ein Puzzle aus vielen unterschiedlichen Bereichen und Aufgaben - der Job, unentgeltliche Arbeit, die Familie, die Partnerschaft, der Haushalt, die Freundinnen und Freunde, das gesellschaftliche Engagement, die Hobbies. Mehr und mehr Menschen kommt es so vor, als müssten sie sich ständig zerreißen und hetzen, um ihren Alltag stemmen zu können. Schon Kinder und Jugendliche in unserer gestressten Gesellschaft klagen über Zeitdruck, der durch eine immer weiter zunehmende Verdichtung der Bildungszeiten entsteht.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Sven Lehmann

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 15 - 31:

Grüne Zeitpolitik hat deshalb zum Ziel, dass ~~all diese unterschiedlichen Bereiche und Aufgaben besser in ein Leben passen.~~ Menschen selbstbestimmt über den Umgang mit ihrer Zeit entscheiden können. Welche politischen Stellschrauben können wir drehen, damit es für Frauen und Männer leichter ist, Beruf und Familie zu vereinbaren? Damit sie zum Beispiel auch wegen der 13-jährigen Tochter im Job zeitweise kürzertreten können - und nicht nur für den Säugling. Oder damit eine Freiberuflerin auch mal ein Projekt ablehnen kann, um die verschleppte Bronchitis auszukurieren. Was können wir verändern, damit der erwachsene Sohn seine Mutter pflegen kann, ohne um seine berufliche Existenz bangen zu müssen? Und was braucht die Alleinerziehende, die es wegen ihrer zwei Minijobs bisher nie schafft, bei der Schultheateraufführung ihrer Kinder dabei zu sein? Grüne Zeitpolitik will ermöglichen, dass Menschen wichtige Dinge in ihrem Leben nicht dem Druck der Erwerbsarbeit unterordnen müssen. Grüne Zeitpolitik stärkt damit den Menschen gegenüber dem Markt. Natürlich brauchen Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen in erster Linie eine bessere Bezahlung und soziale Absicherung. Aber auch sie brauchen zeitliche Freiräume, um für sich und andere zu sorgen. Grüne Zeitpolitik ist deshalb auch eine Gerechtigkeitsfrage. Denn eine Gesellschaft funktioniert nur, wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen können. Und: Demokratie braucht Zeit. Sie braucht Menschen, die Zeit und Engagement investieren, um sich einzumischen und mitzugestalten.

Begründung

mündlich

UnterstützerInnen

- Rasmus Andresen (LV Schleswig-Holstein)
- Verena Schäffer (LV NRW)

Z-01-016-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 15 - 31:

Grüne Zeitpolitik hat deshalb zum Ziel, dass all diese unterschiedlichen Bereiche und Aufgaben besser in ein Leben passen. ~~Welche~~Wir wollen nicht mehr Stressmanagement. Wir wollen weniger Stress.

Welche politischen Stellschrauben können wir drehen, damit es für Frauen und Männer leichter ist, Beruf und Familie zu vereinbaren? Damit sie zum Beispiel auch wegen der 13-jährigen Tochter im Job zeitweise kürzertreten können – und nicht nur für den Säugling. Oder damit eine Freiberuflerin auch mal ein Projekt ablehnen kann, um die verschleppte Bronchitis auszukurieren. Was können wir verändern, damit der erwachsene Sohn seine Mutter pflegen kann, ohne um seine berufliche Existenz bangen zu müssen? Und was braucht die Alleinerziehende, die es wegen ihrer zwei Minijobs bisher nie schafft, bei der Schultheateraufführung ihrer Kinder dabei zu sein? Natürlich brauchen Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen in erster Linie eine bessere Bezahlung und soziale Absicherung. Aber auch sie brauchen zeitliche Freiräume, um für sich und andere zu sorgen. Grüne Zeitpolitik ist deshalb auch eine Gerechtigkeitsfrage. Denn eine Gesellschaft funktioniert nur, wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen können. Und: Demokratie braucht Zeit. Sie braucht Menschen, die Zeit und Engagement investieren, um sich einzumischen und mitzugestalten.

Begründung

Wir sollten bereits in der Einleitung klar machen, dass es uns um substantielle Änderungen in der

Leistungsgesellschaft geht. Die Ökonomisierung von Zeit im Sinne von "Zeit ist Geld und muss immer effizient genutzt werden" sollten wir ablehnen und der Logik etwas entgegensetzen.

UnterstützerInnen

Ben Seel

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 15 - 31:

Grüne Zeitpolitik hat deshalb zum Ziel, dass all diese unterschiedlichen Bereiche und Aufgaben besser in ein Leben passen. Welche politischen Stellschrauben können wir drehen, damit es für Frauen und Männer leichter ist, Beruf und Familie zu vereinbaren? Damit sie zum Beispiel auch wegen der 13-jährigen Tochter im Job zeitweise kürzertreten können – und nicht nur für den Säugling. Oder damit eine Freiberuflerin auch mal ein Projekt ablehnen kann, um die verschleppte Bronchitis auszukurieren. Was können wir verändern, damit der erwachsene Sohn seine Mutter pflegen kann, ohne um seine berufliche Existenz bangen zu müssen? Was brauchen Schüler innen um nicht länger chronisch übermüdet am Unterricht teilnehmen zu können? Und was braucht die Alleinerziehende, die es wegen ihrer zwei Minijobs bisher nie schafft, bei der Schultheateraufführung ihrer Kinder dabei zu sein? Natürlich brauchen Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen in erster Linie eine bessere Bezahlung und soziale Absicherung. Aber auch sie brauchen zeitliche Freiräume, um für sich und andere zu sorgen. Grüne Zeitpolitik ist deshalb auch eine Gerechtigkeitsfrage. Denn eine Gesellschaft funktioniert nur, wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen können. Und: Demokratie braucht Zeit. Sie braucht Menschen, die Zeit und Engagement investieren, um sich einzumischen und mitzugestalten.

Begründung

Auch die Probleme junger Menschen im zeitpolitischen Kontext sollten konkret benannt werden.

Z-01-033-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Sandra Hildebrandt, KV Berlin-kreisfrei

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 15 - 31:

Neu hinzufügen:

Die Aufteilung von Zeit ist dabei auch eine Gerechtigkeitsfrage zwischen den Geschlechtern. Besonders deutlich wird sie bei der Verteilung von Sorgearbeit in unserer Gesellschaft. Sorgearbeit umfasst bezahlte und unbezahlte Aufgaben. Sie ist elementar wichtig für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Diese Arbeit wollen wir sichtbar machen und gesellschaftlich anerkennen. Die Ungleichbehandlung von Erwerbsarbeit und unbezahlter bzw. schlecht bezahlter Sorgearbeit hinsichtlich ihrer Anerkennung und Absicherung wollen wir beenden. Wir setzen uns daher für eine gesamtgesellschaftliche Neuverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ein - v.a. im Lebensverlauf und zwischen den Geschlechtern.

UnterstützerInnen

- Ines Eichmüller, KV Nürnberg-Stadt
- Verena Schäffer, KV Ennepe-Ruhr

Z-01-040-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Sandra Hildebrandt, KV Berlin-kreisfrei

Gegenstand: **Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben**

Im Absatz von Zeile 40 - 40:

1. ~~Arbeit~~Erwerbsarbeit so gestalten können, dass sie ins Leben passt

UnterstützerInnen

- Ines Eichmüller (KV Nürnberg-Stadt)
- Verena Schäffer (KV Ennepe-Ruhr)

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Sandra Hildebrandt, KV Berlin-kreisfrei

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 41 - 57:

~~Die meisten~~**Viele** Menschen ~~arbeiten gern.~~**gehen ihrer Erwerbsarbeit gerne nach.** Sie finden Freude und Erfüllung in ihrem Beruf. Sie meistern Herausforderungen und stecken Energie und Kreativität in ihre Aufgaben und Projekte. Aber zugleich möchten viele Menschen stärker mitbestimmen können, wann sie arbeiten, um andere Aufgaben - Hausarbeit, gesellschaftliche Arbeit und Familienarbeit - in ein besseres Gleichgewicht zu bringen. Schließlich gibt es im Leben der meisten Erwerbstätigen Phasen, in denen es schlicht notwendig ist, die Arbeitszeit zu reduzieren, etwa weil Kinder oder pflegebedürftige Eltern Zeit und Aufmerksamkeit brauchen. Einige Frauen, die eine Teilzeitstelle mit 15 oder 20 Wochenstunden haben, möchten gern 40 Stunden arbeiten. Viele Männer hingegen wünschen sich, weniger als die obligatorischen 40 Wochenstunden plus X Überstunden in der Firma zu verbringen und stattdessen mehr Zeit für die Familie zu haben. Und viele Männer ebenso wie Frauen wünschen sich, auch mit einer 30-Stunden-Woche eine anspruchsvolle Stelle ausfüllen oder ein Team leiten zu können. Vielen Menschen geht es aber ~~in erster Linie~~**auch** darum, stärker selbst entscheiden zu können, wann sie ihre Arbeit erledigen. Die Bedürfnisse sind verschieden und ebenso vielfältig müssen die politischen Modelle sein, die dafür Lösungen und Unterstützung bieten.

UnterstützerInnen

- Ines Eichmüller, KV Nürnberg-Stadt
- Verena Schäffer, KV Ennepe-Ruhr

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 41 - 57:

Die meisten Menschen arbeiten gern. Sie finden Freude und Erfüllung in ~~ihrem Beruf.~~ ihrer Arbeit. Sie meistern Herausforderungen und stecken Energie und Kreativität in ihre Aufgaben und Projekte. Aber zugleich möchten viele Menschen stärker mitbestimmen können, wann sie arbeiten, um andere Aufgaben - Hausarbeit, gesellschaftliche Arbeit und Familienarbeit - in ein besseres Gleichgewicht zu bringen. Schließlich gibt es im Leben der meisten Erwerbstätigen Phasen, in denen es schlicht notwendig ist, die Arbeitszeit zu reduzieren, etwa weil Kinder oder pflegebedürftige Eltern Zeit und Aufmerksamkeit brauchen. Einige Frauen, die eine Teilzeitstelle mit 15 oder 20 Wochenstunden haben, möchten gern 40 Stunden arbeiten. Viele Männer hingegen wünschen sich, weniger als die obligatorischen 40 Wochenstunden plus X Überstunden in der Firma zu verbringen und stattdessen mehr Zeit für die Familie zu haben. Und viele Männer ebenso wie Frauen wünschen sich, auch mit einer 30-Stunden-Woche eine anspruchsvolle Stelle ausfüllen oder ein Team leiten zu können. Vielen Menschen geht es aber in erster Linie darum, stärker selbst entscheiden zu können, wann sie ihre Arbeit erledigen. Die Bedürfnisse sind verschieden und ebenso vielfältig müssen die politischen Modelle sein, die dafür Lösungen und Unterstützung bieten.

Begründung

Der Arbeitsbegriff ist etwas weiter gefasst.

Z-01-064-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 58 - 68:

Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Einfluss als bisher auf die Frage haben, wo und wann sie arbeiten, und leichter ihre Arbeitszeit variieren können, zum Beispiel durch ein Rückkehrrecht auf Vollzeit. Eine weitere Möglichkeit sind Arbeitszeitkorridore, die große Teilzeitleösungen - ab 30 Stunden - rechtlich wie eine Vollzeitstelle absichern. Außerdem möchten wir, dass auch die Betriebe gemeinsam mit ihren Beschäftigten nach konkreten Lösungen für Fragen der Arbeitszeit suchen. Dabei darf die vermehrte Flexibilisierung von Arbeit und Arbeitszeiten nicht zu Lasten von Arbeitnehmer innen gehen. Dafür arbeiten wir unter anderem an Änderungen und Ergänzungen des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. Unser Ziel sind erweiterte Arbeitszeitoptionen und mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte, so dass es zu einer neuen fairen Balance zwischen den Anforderungen der Unternehmen und den Erwerbswünschen der Menschen kommt.

Begründung

Wenn gemeinsam nach Lösungen gesucht wird, dann muss darauf geachtet werden, dass die schwächere Seite dabei nicht ausgenutzt wird.

Z-01-069-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 69 - 71:

Denn die Arbeit ist für die Menschen da - und nicht umgekehrt. ~~Davon profitieren letztendlich auch die Arbeitgeber, die es mit gesünderen und zufriedeneren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu tun haben.~~

Begründung

Der Profit der Arbeitgeber ist nicht der Zweck, warum wir unsere zeitpolitischen Forderungen stellen. Obwohl die Arbeitgeber_innen sich natürlich über effizientes Humankapital freuen, müssen wir uns darauf hier nicht fokussieren. Mit grüner Zeitpolitik möchten wir gerade etwas dem Effizienzstreben und der Verwertungslogik entgegensetzen. Diesen Gedanken widerspricht dieser Satz zutiefst.

Z-01-076-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Sandra Hildebrandt, KV Berlin-kreisfrei

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 73 - 78:

Den gebrechlichen Vater bei einem wichtigen Arzttermin begleiten, die Trikots für das Fußballteam der Tochter waschen und auch dem älteren Nachbarn den Einkauf erledigen: Menschen brauchen Zeit, um für sich selbst und andere zu sorgen. Wir wollen Zeiten für ~~Fürsorge ermöglichen.~~ Fürsorgearbeit ermöglichen, indem wir sie sichtbar machen, anerkennen und geschlechtergerecht absichern. Denn nur eine Gesellschaft, in der es Solidarität für Menschen gibt, die für andere sorgen, ist zukunftsfähig.

UnterstützerInnen

- Ines Eichmüller, KV Nürnberg-Stadt
- Verena Schäffer, KV Ennepe-Ruhr

Z-01-087-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 79 - 85:

Neu hinzufügen:

Wir wollen Sabbaticals für alle. Arbeitszeitkonten sind an vielen Arbeitsplätzen schon Alltag, sollten jedoch für alle Beschäftigten ermöglicht werden. Dazu muss ein staatliches Lebensarbeitszeitkonto entwickelt werden, auf dem Überstunden im Verhältnis zur jeweiligen bezahlten Arbeitszeit geschrieben werden können. So soll ein früherer Renteneintritt, Zeit für Kinder oder Pflege oder Auszeiten sonstiger Art ermöglicht werden. Eine Benachteiligung von Menschen aufgrund des Zeitkontos muss staatlich vermieden werden. Auf diese Art und Weise wird Arbeitnehmer innen die Nutzung von Sabbaticals vereinfacht. Der kurzzeitige Ausstieg aus dem Job für beispielsweise längere Reisen kann zur Normalität werden und sollte es auch.

Begründung

Die Möglichkeit, frei über die eigene Zeit zu bestimmen, bedeutet auch, sich temporär aus dem Job zu verabschieden. Die Gründe dafür können vielfältig sein, die Lösung dafür ist, dass durch Arbeitszeitkonten Zeit angesammelt und wieder abgerufen werden kann. Wenn wir über Zeitsouveränität sprechen, dann müssen wir auch hierfür Ideen präsentieren.

Z-01-097-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Sandra Hildebrandt, KV Berlin-kreisfrei

Gegenstand: **Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben**

Im Absatz von Zeile 86 - 97:

Uns geht es auch darum, nicht zu viele Pakete auf einem Rücken abzuladen. Viele Fürsorgeaufgaben sind schön und bewusst gewählt; andere sind in erster Linie Pflichten, nervig und anstrengend. Vor allem aber sind sie heute immer noch ungerecht verteilt. So übernehmen Frauen im Durchschnitt immer noch fast doppelt so viele Stunden an unbezahlter Arbeit, etwa im Haushalt oder in der Kindererziehung, wie Männer. Wenn es darum geht, sich um pflegebedürftige Angehörige, die zuhause leben, zu kümmern, ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern besonders groß: Mehr als zwei Drittel der Pflegenden sind Frauen. Und von den 30 Prozent der Männer, die sich zuhause um ein pflegebedürftiges Familienmitglied kümmern, handelt es sich vor allem um Rentner. Nur ein äußerst kleiner Teil der berufstätigen Männer ist bislang bereit, die Arbeitszeit aufgrund von Pflegeaufgaben zu verringern. Deshalb wollen wir Anreize schaffen mit dem Ziel, Erwerbs- und unbezahlte Sorgearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

UnterstützerInnen

- Verena Schäffer, KV Ennepe-Ruhr
- Ines Eichmüller, KV Nürnberg-Stadt

Z-01-097-2

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Sven Lehmann

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 86 - 97:

Uns geht es auch darum, nicht zu viele Pakete auf einem Rücken abzuladen. Viele Fürsorgeaufgaben sind schön und bewusst gewählt; andere sind in erster Linie Pflichten, nervig und anstrengend. Vor allem aber sind sie heute immer noch ungerecht verteilt. So übernehmen Frauen im Durchschnitt immer noch fast doppelt so viele Stunden an unbezahlter Arbeit, etwa im Haushalt oder in der Kindererziehung, wie Männer. Wenn es darum geht, sich um pflegebedürftige Angehörige, die zuhause leben, zu kümmern, ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern besonders groß: Mehr als zwei Drittel der Pflegenden sind Frauen. Und von den 30 Prozent der Männer, die sich zuhause um ein pflegebedürftiges Familienmitglied kümmern, handelt es sich vor allem um Rentner. Nur ein äußerst kleiner Teil der berufstätigen Männer ist bislang bereit, die Arbeitszeit aufgrund von Pflegeaufgaben zu verringern. Denjenigen, die es gerne täten, werden von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern oft - offen oder versteckt - Steine in den Weg gelegt. Deswegen muss das Recht auf Teilzeit auch für Männer endlich umgesetzt werden.

UnterstützerInnen

- Rasmus Andresen (LV Schleswig-Holstein)
- Verena Schäffer (LV NRW)

Z-01-110-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 110 - 118:

~~Die meisten Paare~~Viele Beziehungen wünschen sich heute, dass sie sich gemeinsam und partnerschaftlich den Aufgaben und Freuden des Familien- und des Erwerbslebens stellen können. Im Beruf Anerkennung finden, den eigenen Lebensunterhalt verdienen, der Austausch mit den KollegInnen - all das gehört für Eltern zu einem erfüllten Leben ebenso, wie Zeit mit den Kindern und der Familie zu erleben und sich um sie kümmern zu können. Viele Frauen würden gerne mehr arbeiten und bei den Aufgaben in Haushalt und Kinderpflege Entlastung bekommen. Und viele Männer, das zeigen alle Umfragen der vergangenen Jahre, wünschen sich mehr Zeit für ihre Familie.

Begründung

Gibt z.B. auch polyamore Beziehungen, die wir als Grüne gleich wertschätzen. Wir sollten solche Lebensformen durch solche unnötigen Begrifflichkeiten an dieser Stelle nicht ausschließen.

Z-01-115-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Daniel Gollasch

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 110 - 118:

Die meisten Paare wünschen sich heute, dass sie sich gemeinsam und partnerschaftlich den Aufgaben und Freuden des Familien- und des Erwerbslebens stellen können. Im Beruf Anerkennung finden, den eigenen Lebensunterhalt verdienen, der Austausch mit den KollegInnen - all das gehört für Eltern zu einem erfüllten Leben ebenso, wie Zeit mit den Kindern und der Familie zu erleben und sich um sie kümmern zu können. ~~Viele Frauen würden gerne mehr arbeiten und bei den Aufgaben in Haushalt und Kinderpflege Entlastung bekommen. Und viele Männer, das zeigen alle Umfragen der vergangenen Jahre, wünschen sich mehr Zeit für ihre Familie.~~

Begründung

Die Sätze in den Zeilen 115-118 sind missverständlich und unterstreichen überkommene Rollenbilder, die es abzubauen gilt. So wie es formuliert ist, wollen sich die Männer nur die Rosinen aus der Familie rauspicken, was so nicht in einem unserer Anträge stehen sollte. Jede andere Formulierung hätte wahrscheinlich ähnliche Missverständlichkeiten, daher streichen.

UnterstützerInnen

- Antje Kapek, LV Berlin
- Axel Vogel, LV Brandenburg

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Daniel Gollasch

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 119 - 126:

~~Das wollen wir mit unserer Zeitpolitik ermöglichen. Doch wie die Aufgaben innerhalb~~Diesen Wunsch ~~der Familie verteilt werden, entscheidet sich heute oft in ernüchternder Weise: Selbst wenn Paare gleichberechtigt und in gegenseitigem Einvernehmen die Rollenverteilung miteinander ausmachen wollen, scheitern sie zu oft an der Realität — und leben plötzlich Rollenbilder, die sie eigentlich so nie wollten. Verkrustete~~umzusetzen ist das Ziel unserer Zeitpolitik. Hierfür sind verkrustete patriarchalische ~~Strukturen und Fehlanreize~~ regieren in ihr Leben hinein; sie verhindern, abzubauen, jedoch ohne dass Frauen und Männerneuer sozialer Druck auf Familien entsteht. Damit Paare ~~selbstbestimmt und auf Augenhöhe~~ ihre Rollenverteilung in ihrer Familie festlegen können, muss die Gesellschaft die Entscheidungen treffen können, der Familien unabhängig von ihrem Ergebnis akzeptieren und darf keine Lebensmodelle stigmatisieren."

Als grundlegende Voraussetzung, um Zeit partnerschaftlich teilen zu können, setzt grüne Zeitpolitik ~~deshalb~~ auf die eigenständige Existenzsicherung: Dazu gehören die Lohngleichheit von Frauen und Männern und ein gerechtes Steuersystem, das alle Kinder unabhängig von ihren Eltern fördert und in dem es sich für beide PartnerInnen lohnt, zu arbeiten. Auf den ersten Blick mag sich das Ehegattensplitting im Hier und Jetzt lohnen, gut vorgesorgt fürs Alter hat der- oder diejenige, die ihre Berufstätigkeit stark heruntergefahren hat, deshalb noch lange nicht. Aber zugleich braucht es Arbeitsplätze mit einem Einkommen, das heute zum Leben und später zur

Absicherung im Alter ausreicht. Nicht zuletzt ist ein breites Angebot an guten Schulen, Horten, Kitas und Krippen, die mit ihren Öffnungszeiten den Bedürfnissen von Familien in ihren unterschiedlichen Lebensformen entgegenkommen, eine grundlegende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Familienleben.

Begründung

Die Umformulierung des Absatzes in den Zeilen 119-126 ist darauf ausgerichtet, die Mündigkeit der Menschen in den Vordergrund zu stellen und gleichzeitig nicht Problem-, sondern Lösungsorientiert zu argumentieren. Das die jetzige Situation immer noch schlecht ist, ist offensichtlich. Hervorzuheben ist aber, was wir wie verbessern wollen. Gleichzeitig sollten wir betonen, dass es uns nicht darum geht den Familien vorzuschreiben wie sie zu leben haben, sondern eine wie auch immer geartete Stigmatisierung der Menschen auf Grund ihres Zusammenlebens grundsätzlich ablehnen. Zur sprachlichen Glättung sollte danach das "deshalb" in Zeile 128 entfallen.

UnterstützerInnen

- Antje Kapek, LV Berlin
- Axel Vogel, LV Brandenburg

Z-01-121-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 119 - 126:

Das wollen wir mit unserer Zeitpolitik ermöglichen. Doch wie die Aufgaben innerhalb der Familie verteilt werden, entscheidet sich heute oft in ernüchternder Weise: Selbst wenn ~~Paare~~ Beziehungen gleichberechtigt und in gegenseitigem Einvernehmen die Rollenverteilung miteinander ausmachen wollen, scheitern sie zu oft an der Realität - und leben plötzlich Rollenbilder, die sie eigentlich so nie wollten. Verkrustete Strukturen und Fehlanreize regieren in ihr Leben hinein; sie verhindern, dass Frauen und Männer selbstbestimmt und auf Augenhöhe ihre Entscheidungen treffen können.

Begründung

Gibt z.B. auch polyamore Beziehungen, die wir als Grüne gleich wertschätzen. Wir sollten solche Lebensformen durch solche unnötigen Begrifflichkeiten an dieser Stelle nicht ausschließen.

Z-01-131-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Franziska Brantner

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 127 - 139:

Als grundlegende Voraussetzung, um Zeit partnerschaftlich teilen zu können, setzt grüne Zeitpolitik deshalb auf die eigenständige Existenzsicherung: Dazu gehören die Lohngleichheit von Frauen und Männern und ein gerechtes Steuersystem, das alle Kinder unabhängig von ihren Eltern fördert und in dem es sich für beide PartnerInnen lohnt, zu arbeiten. Bei ungleichen Löhnen, in der Regel mit den geringeren Löhnen für die Frauen, werden Entscheidungen vielleicht aus rein ökonomischen Gründen anders getroffen als ein Paar sich das für sein Zusammenleben mit Kindern eigentlich wünscht. Auch deswegen brauchen wir endlich Gerechtigkeit bei den Gehaltschecks am Ende des Monats. Auf den ersten Blick mag sich das Ehegattensplitting im Hier und Jetzt lohnen, gut vorgesorgt fürs Alter hat der- oder diejenige, die ihre Berufstätigkeit stark heruntergefahren hat, deshalb noch lange nicht. Aber zugleich braucht es Arbeitsplätze mit einem Einkommen, das heute zum Leben und später zur Absicherung im Alter ausreicht. Nicht zuletzt ist ein breites Angebot an guten Schulen, Horten, Kitas und Krippen, die mit ihren Öffnungszeiten den Bedürfnissen von Familien in ihren unterschiedlichen Lebensformen entgegenkommen, eine grundlegende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Familienleben.

UnterstützerInnen

- Sven Lehmann (KV Köln)
- Omid Nouripour (KV Frankfurt)

Z-01-134-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 127 - 139:

Als grundlegende Voraussetzung, um Zeit partnerschaftlich teilen zu können, setzt grüne Zeitpolitik deshalb auf die eigenständige Existenzsicherung: Dazu gehören die Lohngleichheit von Frauen und Männern und ein gerechtes Steuersystem, das alle Kinder unabhängig von ihren Eltern fördert und in dem es sich für beide PartnerInnen lohnt, zu arbeiten. Auf den ersten Blick mag sich das Ehegattensplitting im Hier und Jetzt lohnen, gut vorgesorgt fürs Alter hat der- oder diejenige, die ihre Berufstätigkeit stark heruntergefahren hat, deshalb noch lange nicht. Daher fordern wir die Abschaffung des Ehegattensplittings. Aber zugleich braucht es Arbeitsplätze mit einem Einkommen, das heute zum Leben und später zur Absicherung im Alter ausreicht. Nicht zuletzt ist ein breites Angebot an guten Schulen, Horten, Kitas und Krippen, die mit ihren Öffnungszeiten den Bedürfnissen von Familien in ihren unterschiedlichen Lebensformen entgegenkommen, eine grundlegende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Familienleben.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Franziska Brantner

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 127 - 139:

Als grundlegende Voraussetzung, um Zeit partnerschaftlich teilen zu können, setzt grüne Zeitpolitik deshalb auf die eigenständige Existenzsicherung: Dazu gehören die Lohngleichheit von Frauen und Männern und ein gerechtes Steuersystem, das alle Kinder unabhängig von ihren Eltern fördert und in dem es sich für beide PartnerInnen lohnt, zu arbeiten. Auf den ersten Blick mag sich das Ehegattensplitting im Hier und Jetzt lohnen, gut vorgesorgt fürs Alter hat der- oder diejenige, die ihre Berufstätigkeit stark heruntergefahren hat, deshalb noch lange nicht. Aber zugleich braucht es Arbeitsplätze mit einem Einkommen, das heute zum Leben und später zur Absicherung im Alter ausreicht. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen und auf Augenhöhe gemeinsame Entscheidungen getroffen werden, kann es dazu führen, dass Mütter und Väter in unterschiedlichen Momenten im Leben ihrer Kinder unterschiedlich stark ihre Arbeitszeit reduzieren. Wir wollen aber verhindern, dass es eine Sackgasse wird - dafür ist das Rückkehrrecht auf Vollzeit eine weitere wichtige Voraussetzung, für Väter und Mütter. Nicht zuletzt ist ein breites Angebot an guten Schulen, Horten, Kitas und Krippen, die mit ihren Öffnungszeiten den Bedürfnissen von Familien in ihren unterschiedlichen Lebensformen entgegenkommen, eine grundlegende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Familienleben.

UnterstützerInnen

- Sven Lehmann (KV Köln)
- Omid Nouripour (KV Frankfurt)

Z-01-146-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Sandra Hildebrandt, KV Berlin-kreisfrei

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 140 - 146:

Wir wollen Druck aus der Rushhour des Lebens nehmen. Wir wollen mehr Zeit für Familie ermöglichen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und den Eltern eine gerechtere Verteilung von Zeit ermöglichen, damit sie ihren Wunsch nach einer partnerschaftlichen Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit auch leben können - und zwar auch, wenn die Familie mit einem geringen Einkommen klarkommen muss. Dafür wollen wir Anreize entwickeln, damit unbezahlte ~~Fürsorgeaufgaben~~Fürsorgearbeit und bezahlte Erwerbsarbeit gerechter aufgeteilt werden können.

UnterstützerInnen

- Verena Schäffer, KV Ennepe-Ruhr
- Ines Eichmüller, KV Nürnberg-Stadt

Z-01-148-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 140 - 146:

Wir wollen Druck aus der Rushhour des Lebens nehmen. Wir wollen mehr Zeit für Familie ermöglichen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und den Eltern eine gerechtere Verteilung von Zeit ermöglichen, damit sie ihren Wunsch nach einer partnerschaftlichen Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit auch leben können - und zwar auch, wenn die Familie mit einem geringen Einkommen klarkommen muss. Dafür wollen wir Anreize entwickeln, damit unbezahlte Fürsorgeaufgaben und bezahlte Erwerbsarbeit gerechter aufgeteilt werden können. Dazu ist es notwendig über eine langfristige Reduzierung der Regelarbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche nachzudenken. Zum Einen liegt eine ungerechte Verteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern vor. Dazu kommt, dass immer mehr Arbeit durch Automatisierung abgenommen werden kann. Dem müssen wir Rechnung tragen. Eine Arbeitszeitreduzierung ist für uns jedoch stets mit der Forderung nach vollem Lohnausgleich verknüpft.

Begründung

Wir können nicht über Zeitpolitik reden und die 40-Stunden-Woche nicht in Frage stellen. Die aktuelle Regelung begünstigt das Modell des männlichen Alleinverdieners und sollte der Vergangenheit angehören. Die Forderung sollte sein, dass wir mehr Zeit für das Leben und weniger für die Arbeit möchten.

Z-01-159-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Sandra Hildebrandt, KV Berlin-kreisfrei

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 154 - 159:

Alle Menschen, ob in gut oder schlecht bezahlten Jobs, müssen es sich leisten können, Zeit für ihre Erholung oder die Familie zu finden. Sehr viele Menschen können es sich aber gar nicht erlauben, über eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit nachzudenken, auch wenn sie eigentlich dringend Luft bräuchten, um sich um ihre Kinder, die pflegebedürftigen Eltern oder die eigene angeschlagene Gesundheit zu kümmern. Und auch sie haben selbstverständlich ein Recht auf Freizeit und Erholung und brauchen zudem Zeit, um sich an unserer Demokratie beteiligen und ihre Anliegen einbringen zu können.

UnterstützerInnen

- Ines Eichmüller, KV Nürnberg-Stadt
- Verena Schäffer, KV Ennepe-Ruhr

Z-01-171-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Sven Lehmann

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 169 - 176:

Mehr als ein Drittel aller Alleinerziehenden bezieht Hartz IV. Das ist nicht nur Ursache für Kinderarmut, sondern auch für Altersarmut. Hier klafft eine Gerechtigkeitslücke. Kindergelderhöhungen, Kinderfreibeträge, Elterngeld, ElterngeldPlus oder Betreuungsgeld: Familien im Hartz IV-Bezug gehen dabei leer aus. Das wollen wir ändern. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die Hartz IV-Regelsätze für Kinder eigenständig zu berechnen und zu erhöhen, wurde ignoriert. Wir setzen uns deshalb für die eigenständige Berechnung der Kinderregelsätze ein wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert.

Begründung

mündlich

UnterstützerInnen

- Rasmus Andresen (LV Schleswig-Holstein)
- Verena Schäffer (LV NRW)

Z-01-180-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Sven Lehmann

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 177 - 182:

Auch Familien, deren Einkommen so gering ist, dass sie keine Einkommenssteuer zahlen, gehen bei Steuervergünstigungen wie dem Ehegattensplitting leer aus. Der Kinderzuschlag, der ihnen zusteht, wird aufgrund hoher bürokratischer Hürden von vielen Berechtigten nicht genutzt. Wir ~~fordern, den~~fordern daher in einem ersten Schritt, dass der Kinderzuschlag anspruchsberechtigten Familien automatisch ~~zukommen zu lassen-~~zukommt. Damit können wir eine ~~wirksame~~erste wirkame Hilfe gegen Kinderarmut leisten. Darüber hinaus arbeiten wir weiter an unserer Idee einer Kindergrundsicherung, die jedes Kind in gleicher Höhe finanziell fördert und die Kinder- und Familienarmut systematisch bekämpft.

Begründung

Beschlusslage BDK Hamburg

UnterstützerInnen

- Rasmus Andresen (LV Schleswig-Holstein)
- Verena Schäffer (LV NRW)

Z-01-194-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Sven Lehmann

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 184 - 195:

Zeit ist für die meisten ein Luxusgut - unabhängig davon, ob jemand in einem gering bezahlten oder sehr gut entlohnten Job arbeitet. Denn selbst wer es sich finanziell leisten kann, seine Wochenarbeitszeit zu reduzieren, sieht sich meist mit einem sehr voll beladenen Arbeitstag konfrontiert. Immer mehr Arbeit in der gleichen Zeit zu bewältigen, bringt viele Beschäftigte an ihre Grenzen und nicht selten weit darüber hinaus. Dabei ist es für die meisten Menschen wünschenswert, ihrem Beruf in Ruhe und mit Sorgfalt nachgehen zu können. Wer gute Qualität zum Ziel hat, wer neue Ideen wachsen lassen will, der braucht die Zeit für einen aufmerksamen Blick links und rechts des Terminkalenders. Auch Kinder und Jugendliche spüren den Druck, möglichst schnell durch die einzelnen Bildungsstätten hindurchzueilen. ~~Wir wollen prüfen, Deswegen haben Grüne in den Landesregierungen bereits Maßnahmen zur Entschleunigung in der Schulbildung durchgesetzt~~ wie ~~wir für junge Menschen Karriereverläufe im Bildungsbereich strecken und flexibilisieren können. z.B. einen Verzicht auf Hausaufgaben an langen Schultagen.~~

Begründung

mündlich

UnterstützerInnen

- Rasmus Andresen (LV Schleswig-Holstein)
- Verena Schäffer (LV NRW)

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Ben Seel (LV BaWü), Bundesvorstand Grüne Jugend

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 184 - 195:

Zeit ist für die meisten ein Luxusgut - unabhängig davon, ob jemand in einem gering bezahlten oder sehr gut entlohnten Job arbeitet. Denn selbst wer es sich finanziell leisten kann, seine Wochenarbeitszeit zu reduzieren, sieht sich meist mit einem sehr voll beladenen Arbeitstag konfrontiert. Immer mehr Arbeit in der gleichen Zeit zu bewältigen, bringt viele Beschäftigte an ihre Grenzen und nicht selten weit darüber hinaus. Dabei ist es für die meisten Menschen wünschenswert, ihrem Beruf in Ruhe und mit Sorgfalt nachgehen zu können. Wer gute Qualität zum Ziel hat, wer neue Ideen wachsen lassen will, der braucht die Zeit für einen aufmerksamen Blick links und rechts des Terminkalenders. Auch Kinder und Jugendliche spüren den Druck, möglichst schnell durch die einzelnen Bildungsstätten hindurchzueilen. ~~Wir wollen prüfen, wie~~ Deshalb stehen wir für eine Öffnung in allen Bildungsbereichen auch in zeitlicher Hinsicht: Jedes Kind und jeder junge ~~Menschen-Karriereverläufe im Bildungsbereich strecken~~ Mensch soll sich individuell und frei bilden, ohne dabei durch Leistungszwänge und ~~flexibilisieren können. Zeitdruck eingeschränkt zu werden.~~

Begründung

Auch die Aussagen zum Bildungsbereich sollten sich auf unsere zeitpolitische Linie beziehen, dabei ist es wichtig freie Bildung zu ermöglichen ohne Kinder und junge Erwachsene unter Leistungsdruck zu setzen. Die vorgeschlagene Formulierung ist im Hinblick auf dieses Ziel präziser und vermeidet nicht bildungsadäquate Begriffe wie "Karriere" und "Flexibilisierung" und setzt stattdessen freie und

offene Bildung zum Ziel.

UnterstützerInnen

- Erik Marquardt (Grüne Jugend)
- Moritz Heuberger (LV BaWü)

Z-01-201-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 196 - 208:

Bei grüner Zeitpolitik geht es auch um einen Wandel der Arbeitskultur. Wir wollen eine Debatte anstoßen, wie wir Arbeit entschleunigen können. Wie können die Beschäftigten besser beteiligt werden, wenn Arbeitszeiten und Zeitpläne festgelegt werden? Wie können Unternehmen es organisieren, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker selbst bestimmen, wann und wie sie arbeiten? Die Digitalisierung und Automatisierung der Arbeitswelt bietet dabei viele Chancen: Die wichtigen Unterlagen oder das Startsignal für den Produktionsprozess lassen sich auch abends vom Laptop daheim versenden, nachdem man zuvor zusammen mit dem Kind draußen die Sonne genießen konnte. Die digitale Arbeitswelt gestalten heißt aber auch: Grenzen ziehen. Wenn alles immer und überall auf der Welt online verfügbar und machbar ist, darf das nicht heißen, dass die Menschen, die diese Technik nutzen, immer verfügbar und im Einsatz sein müssen. Das Gerät abzuschalten ist in der digitalen Welt ein wichtiges Arbeitnehmerrecht.

Begründung

Nicht nur die Digitalisierung bietet Chancen für die (Arbeits-)Zeitpolitik, auch in der Automatisierung sehen wir Chancen indem Menschen Arbeit abgenommen werden kann.

UnterstützerInnen

Ben Seel

Z-01-208-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 196 - 208:

Bei grüner Zeitpolitik geht es auch um einen Wandel der Arbeitskultur. Wir wollen eine Debatte anstoßen, wie wir Arbeit entschleunigen können. Wie können die Beschäftigten besser beteiligt werden, wenn Arbeitszeiten und Zeitpläne festgelegt werden? Wie können Unternehmen es organisieren, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker selbst bestimmen, wann und wie sie arbeiten? Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet dabei viele Chancen: Die wichtigen Unterlagen oder das Startsignal für den Produktionsprozess lassen sich auch abends vom Laptop daheim versenden, nachdem man zuvor zusammen mit dem Kind draußen die Sonne genießen konnte. Die digitale Arbeitswelt gestalten heißt aber auch: Grenzen ziehen. Wenn alles immer und überall auf der Welt online verfügbar und machbar ist, darf das nicht heißen, dass die Menschen, die diese Technik nutzen, immer verfügbar und im Einsatz sein müssen. Das Gerät abzuschalten ist in der digitalen Welt ein wichtiges ~~Arbeitnehmerrecht~~. Arbeitnehmerrecht. Sich von Leistungsdruck freizumachen gelingt aber nicht allen von heute auf morgen. Druck am Arbeitsplatz ist ein weitverbreitetes Phänomen, das nicht zuletzt durch Studien zu Medikamentenmissbrauch am Arbeitsplatz belegt wurde oder sich durch einen massiven Konsum von Leistungsdrogen äußert. Als Grüne nehmen wir diese Ergebnisse mit großer Sorge zur Kenntnis. Wir wollen eine Arbeitswelt schaffen, in der es Menschen ohne Aufputschmittel möglich ist zu arbeiten. Wir wollen deswegen die Idee einer Antistressverordnung vorantreiben.

Begründung

Wenn Menschen massiven Leistungsdruck nur durch den Konsum von Drogen oder Medikamenten ertragen können, ist dies eine Symptomatik für eine Gesellschaft, in der nicht der Mensch als solches sondern vielmehr seine Produktivität im Mittelpunkt stehen. Insbesondere durch die damit verbundenen gesundheitlichen Risiken zeigt sich daher die Konsequenz des zeitpolitischen Misstandes. Diesen Misstand wollen wir überwinden und eine Gesellschaft schaffen, die Menschen auch ohne Drogen und Medikame ertragen können.

Z-01-208-2

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 196 - 208:

Bei grüner Zeitpolitik geht es auch um einen Wandel der Arbeitskultur. Wir wollen eine Debatte anstoßen, wie wir Arbeit entschleunigen können. Wie können die Beschäftigten besser beteiligt werden, wenn Arbeitszeiten und Zeitpläne festgelegt werden? Wie können Unternehmen es organisieren, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker selbst bestimmen, wann und wie sie arbeiten? Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet dabei viele Chancen: Die wichtigen Unterlagen oder das Startsignal für den Produktionsprozess lassen sich auch abends vom Laptop daheim versenden, nachdem man zuvor zusammen mit dem Kind draußen die Sonne genießen konnte. Die digitale Arbeitswelt gestalten heißt aber auch: Grenzen ziehen. Wenn alles immer und überall auf der Welt online verfügbar und machbar ist, darf das nicht heißen, dass die Menschen, die diese Technik nutzen, immer verfügbar und im Einsatz sein müssen. Das Gerät abzuschalten ist in der digitalen Welt ein wichtiges Arbeitnehmerrecht. Hierfür müssen klare Regeln festgelegt werden.

Begründung

Wenn wir über die Flexibilisierung und die Auflösung von Grenzen sprechen, muss immer bedacht werden, dass dies ohne klare Regelungen schnell zu Missbrauch durch Arbeitgeber_innen führen wird, weil diese in einer strukturell mächtigeren Position sind und dies dann besser ausnützen können.

Z-01-214-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 209 - 223:

Sehr viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind sich der Verantwortung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewusst. Sie arbeiten, oft unter Beteiligung der Belegschaft, an Konzepten für Gesundheitsprävention oder für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben; einige entwickeln bereits zeitpolitische Initiativen. Diese Unternehmen und Organisationen, ebenso wie die Gewerkschaften, möchten wir als Bündnispartner für Zeitpolitik gewinnen. ~~Das bedeutet zugleich, den Unternehmen, die die Arbeitnehmerrechte ihrer Beschäftigten immer weiter beschneiden, die rote Karte zu zeigen.~~ Die Rechte von Arbeitnehmer innen dürfen nicht beschnitten werden. Dazu müssen Arbeitgeber innen klare Grenzen gesetzt werden, deren Übertretung konsequent geahndet werden. Gerade Menschen in prekären Jobs leiden darunter, dauernd verfügbar und erreichbar zu sein: Der Gepäckpacker am Flughafen oder die Verkäuferin im Schnell-Restaurant arbeiten zwar auf dem Papier nur 30 Stunden die Woche. Sie müssen sich aber den gesamten Tag oder sogar die Nacht bereithalten und werden per SMS kurzfristig für ein paar Stunden zur Arbeit beordert - ehe sie wieder in den Wartestand geschickt werden. Solchen Formen modernen Tagelöhnertums treten wir Grüne entschieden entgegen.

Begründung

Hier sollte eindeutiger formuliert werden, was das "Zeigen der roten Karte" bedeutet.

UnterstützerInnen

Ben Seel

Z-01-224-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 209 - 223:

Neu hinzufügen:

Die verpflichtende Erreichbarkeit der Arbeitnehmer innen außerhalb der Maximalarbeitszeit sollte verboten werden. Bereitschaftszeiten müssen zudem angemessen auf die Arbeitszeit angerechnet werden. Überstunden sollten auch prinzipiell mit Freizeitausgleich abgegolten werden können. Zeit ist nicht Geld. Zeit hat einen eigenen Wert, der sich nicht mit Geld bezahlen lässt. Arbeitszeitregelungen sind nur wirkungsvoll, wenn sie auch durchgesetzt werden. Deswegen brauchen wir eine Arbeitszeiterfassung in besonders betroffenen Betrieben und Sonderkündigungsschutz für Arbeitnehmer innen, die Arbeitszeitverstöße anzeigen. Außerdem setzen wir uns insbesondere nach der Mindestlohneinführung für niedrighschwellige Anlaufstellen ein, bei denen Verstöße zu Arbeitszeitregelungen anonym gemeldet werden können. Zudem müssen mehr unangekündigte Kontrollen der Arbeitgeber innen durchgeführt werden.

Begründung

selbsterklärend

Z-01-233-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Sandra Hildebrandt

Gegenstand: **Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben**

Im Absatz von Zeile 224 - 231:

Einer neuen Zeitkultur in der Arbeitswelt geht es schließlich auch darum, die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen zu stärken, statt steigende Burn-Out- und Depressionsraten hinzunehmen. Wenn Computer und Roboter uns immer mehr Arbeit abnehmen, ist das Überdenken, wieviel jede und jeder Einzelne arbeiten muss, dringend angebracht. Unserer Arbeitswelt würde eine Debatte darüber, was unter einer „Vollzeitstelle“ zu verstehen ist, gut tun. Wir wollen die Chance, die sich hier bietet, nutzen: Erwerbsarbeit und Arbeitszeitvolumen zwischen Vielararbeitenden und Erwerbslosen bzw. prekär Beschäftigten besser zu verteilen. Das wird uns aber nur gelingen, wenn wir auch eine gerechte Verteilung der unbezahlten Sorgearbeit in Angriff nehmen

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 240 - 260:

-7. Ehrenamt angemessen wertschätzen

Aktuell engagieren sich ein Drittel aller Menschen in Deutschland ehrenamtlich. Ehrenamtliches Engagement stellt damit eine wichtige gesellschaftliche Säule dar. Unsere Gesellschaft lebt von den vielen Freiwilligen, die Freizeitangebote schaffen oder anderen Menschen unter die Arme greifen. Auch die Arbeit der der grünen Partei, aber auch unserer Jugendorganisation GRÜNE JUGEND funktioniert nur, weil sich viele Menschen in ihrer Freizeit für grüne Politik begeistern und bewusst ihre Zeit dafür aufbringen wollen. Für uns ist deswegen klar: Wir wollen Zeit schaffen, um ehrenamtliches Engagement allen Menschen zu ermöglichen!

Ganz egal ob es um politisches Engagement, soziale Projekte oder Urban Gardening in der Nachbar innenschaft geht. Dazu fordern wir, dass Arbeitnehmer innen perspektivisch stärker für bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten freigestellt werden können. Als Grüne begrüßen wir staatliche Förderungsmaßnahmen, wie zum Beispiel das Berliner Jugendhilfe-Ausführungsgesetz, wonach es öffentlichen Bediensteten möglich ist, sich für einige Stunden von der regulären Arbeitszeit für ehrenamtliches Engagement freistellen zu lassen. Wir fordern, ein solches Gesetz bundesweit für alle arbeitenden Menschen einzuführen und auch Regelungen für Schüler innen und Studierende zu schaffen.

Ehrenamt muss darüber hinaus angemessener wertgeschätzt werden. Als Grüne setzen wir uns für eine vielfältige Kultur der Anerkennung, Würdigung und Wertschätzung des Engagements ein: durch Mitgestaltungsmöglichkeiten in den jeweiligen Organisationen und Einrichtungen, in denen sich die und der Einzelne engagiert, die Übernahme von Haftpflicht- und Unfallversicherung,

Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, vollständige Erstattung entstandener Kosten, Engagementnachweise für Bewerbungen und weitere Maßnahmen, die zu besseren Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement beitragen.

Wir fordern ein Ehrenamtsgesetz, das die Würdigung ehrenamtliche Arbeit sicher stellt und Regelungen für Entschädigung für ehrenamtliche Arbeit enthält.

Diese Entschädigung muss sich dabei am tatsächlichen Aufwand orientieren. Der Unterschied zu einem regulären Lohnarbeitsverhältnis muss klar erkennbar sein.

Als Partei Bündnis 90 /Die Grünen werden wir unsere Jugendorganisation auf Bundesebene in den nächsten Monaten darin unterstützen ehrenamtliche Arbeit zu vereinfachen. Darüber hinaus wollen wir uns auch für entsprechende Landes- und Kreisebenen der Grünen und Grünen Jugend darüber Gedanken machen, was wir verändern können und dies bis zu nächsten BDK als Vorschläge zu veröffentlichen.

Begründung

Der ganze Komplex Ehrenamt ist in dem ganzen Antrag noch sehr unterbeleuchtet. Allerdings ist dieser Teil von Zeitpolitik nicht nur für junge Menschen relevant und sollte deswegen Beachtung finden. Darüber hinaus beruht die Arbeit der GRÜNEN JUGEND ausschließlich, aber auch große Teile von Bündnis 90 /Die Grünen auf ehrenamtlicher Arbeit, welche momentan viele Ehrenamtliche, die gleichzeitig u.a. Schüler_innen, Auszubildene und Studierende sind, vor große Herausforderungen stellt für die Vereinfachungen gefunden werden sollten.

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 240 - 260:

-8. Gute Bildung braucht Zeit

Auch für Auszubildende, Schüler innen und Studierende trägt unsere Zeitpolitik Verantwortung, denn auch im Bildungssystem nimmt der zeitliche Druck auf die Lernenden zu. Besonders Studierende und Schüler innen sind durch politische Entscheidungen zur Schul- und Studienzeitverkürzung und die Hürden beim Zugang zu vielen Bachelor- und Masterstudiengängen besonderen Anforderungen ausgesetzt. Gute Noten sind wichtiger denn je - zumindest wenn man lernen will, wo und was man möchte. Im Lernen stehen gute Noten deswegen oft stärker im Fokus, als die Inhalte und Interessen. Wir stehen als Bündnis 90/DIE GRÜNEN aber für ein Bildungssystem, das vor allem der Bildung dient - nicht der Volkswirtschaft. Dazu gehört für uns, dass Schüler innen, Studierende und auch Auszubildende genügend Freiraum haben, um neben dem Lernpensum und den Präsenzveranstaltungen. Auf die Lebensrealität der jungen Menschen Rücksicht nehmen. Konsequenterweise gehört dazu beispielsweise auch, dass Prüfungen zu Zeiten stattfinden, zu denen die Prüflinge leistungsfähig sind - auch wenn sie keine Frühaufsteher innen sind. Benotete Prüfungen sollten auf das notwendige Maß reduziert werden.

Eine Anwesenheitspflicht an Hochschulen hat für uns nach Bachelor- und Masterstudiengängen ausgedient, da die Bologna-Reform ausschließlich kompetenzorientierte Prüfungsformen vorsieht. Wenn nur knapp 40 Prozent der Studierenden ihr Studium in der Regelstudienzeit absolvieren, ist diese vorgegebene Studienzeit nicht die Regel. Diesem Fakt muss endlich systematisch Rechnung getragen werden. Deswegen werden wir uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass flexible Studienmöglichkeiten geschaffen

werden und insbesondere für flexible Teilzeitstudienmöglichkeiten streiten. Für die Idee des lebensbegleitenden Lernens im Europäischen Hochschulraum muss zudem die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungsbereichen im Vordergrund stehen. Um das zu erreichen wollen wir die Annerkennungskultur formaler, informeller und nonformaler Bildung verbessern. Deutschland hat zudem eines der sozio-ökonomisch selektivsten Bildungssysteme vergleichbarer Staaten. Das wollen wir ändern. Eine Gesellschaft kann nur erfolgreich lernen, wenn, wenn die Bildungswege sozial abgesichert und flexibel sind. Wenn der Job neben dem Studium notwendig ist, darf das nicht zur Benachteiligung im Studium führen. Gute Bildung braucht Zeit - dafür wollen wir streiten!

Begründung

Das Bildungssystem stellt oft die Weichen für die zukünftige Entwicklungen und prägt eine Gesellschaft. Wenn wir zeitpolitisch Kritik an den bestehenden Verhältnissen üben wollen, dürfen das Bildungssystem als wesentlichen Baustein unserer Kultur nicht auslassen. Deswegen sollte der Antrag auch einen eigenen Punkt zum Bildungsbereich bekommen - insbesondere weil durch Schul- und Studienzeiterkürzung in den vergangenen Jahren hier eine besondere zeitpolitische Brisanz gegeben ist.

Z-01-255-1

Änderungsantrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Sandra Hildebrandt

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 240 - 260:

—
Grüne Zeitpolitik wird bewusst auf viele unterschiedliche Ideen und Lösungen setzen. So unterschiedlich die Bedürfnisse der ~~Paare und Familien, der Beschäftigten, der Selbständigen und der Arbeitgeber~~ **Menschen** sind, so unterschiedlich müssen die Modelle sein, die ihr Leben leichter und besser machen. Damit betrifft grüne Zeitpolitik als Querschnittsthema viele Politikfelder: Sozial- und Gesellschaftspolitik, Arbeitsmarkt-, Familien- und Frauenpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

UnterstützerInnen

- Ines Eichmüller (KV Nürnberg-Stadt)
- Verena Schäffer (KV Ennepe-Ruhr)

Z-01-262-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Sandra Hildebrandt

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 261 - 262:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN arbeiten weiter an einem zeitpolitischen
Gesamtkonzept, ~~für~~ das diese ~~Kriterien gelten sollen:~~ Ziele verfolgen soll:"

UnterstützerInnen

- Ines Eichmüller (KV Nürnberg-Stadt)
-), Verena Schäffer (KV Ennepe-Ruhr)

Z-01-274-1

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Sandra Hildebrandt

Gegenstand: Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben

Im Absatz von Zeile 263 - 274:

~~auch~~ durch verbindliche Rechtsansprüche auch Menschen mit geringem Einkommen
mehr Zeit ermöglichen

UnterstützerInnen

- Ines Eichmüller (KV Nürnberg-Land)
- Verena Schäffer (KV Ennepe-Ruhr)

Z-01-274-2

Änderungsantrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: **Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und
solidarisches Leben**

Im Absatz von Zeile 263 - 274:

auch Menschen mit geringem Einkommen mehr frei verfügbare Zeit ermöglichen

Begründung

Konkretisierung